

Landtagswahlprogramm

**Konsequent
sozial**

DIE LINKE.
RHEINLAND-PFALZ

Inhalt

Je stärker DIE LINKE, desto sozialer das Land !	4
---	---

Wirtschaft sozial

Gute Arbeit – Gute Löhne !	6
Wirtschaftsdemokratie!	6
Öffentliche Beschäftigung statt 1-Euro-Jobs: Ein Aktionsprogramm für 10.000 Jobs im ÖBS !	7
Ein Zukunftsinvestitionsprogramm für Rheinland-Pfalz: 20 Milliarden Euro für Infrastruktur, Bildung, Verkehr und Umwelt !	8
Existenzsichernde öffentliche Beschäftigung ja – Workfare-Bürgerarbeit nein!	9

Soziale Gerechtigkeit

Öffentliche Daseinsvorsorge !	10
Für eine solidarische und sichere Rente !	11
Gesundheit und Pflege !	11
Sozialer Wohnungsbau für Rheinland-Pfalz !	12

Kinder, Jugend, Bildung und Wissenschaft

Jugend als eigenständige Lebensphase anerkennen !	13
Kinderbetreuung mit qualitativem Anspruch !	13
„Eine Schule für alle“ statt Schulchaos !	14
Ausbildung – wichtiger denn je !	15
Schule und Wirtschaft !	16
Studium: Für eine selbst bestimmte Bildung !	16

Demokratie und Bürgerrechte

Mehr direkte Demokratie für Rheinland-Pfalz !	18
Mehr direkte Demokratie auch in den Kommunen !	18
Selbstbestimmung statt Überwachungsstaat !	19

Integration, Gleichstellung, kulturelle Vielfalt der Lebensweisen

Gleichstellung von Mann und Frau: Für ein gleichberechtigtes Miteinander !	20
Gleiche Rechte für alle Lebensweisen !	20
Behindertenpolitik - Barrierefreiheit auf allen Ebenen !	21
Integration statt Ausgrenzung und Diskriminierung !	22
Nicht Flüchtlinge bekämpfen, sondern Fluchtursachen !	22
Kein Mensch ist illegal !	23
Faschismus und Nationalismus bekämpfen !	23
Demokratie braucht Meinungsfreiheit und Vielfalt !	24
Zugang zu Medien und Kultur für alle ermöglichen !	25
Internet und digitale Gesellschaft !	26

Infrastruktur und Umwelt

Den Öffentlichen Personennahverkehr ausbauen !	27
Nachhaltiger Tourismus für Rheinland-Pfalz !	28
Gleichwertige Lebensverhältnisse in Rheinland-Pfalz schaffen !	29
Ökologie und Soziales verbinden !	29
Tierschutz: Für Verbandsklagerecht, gegen Tierversuche !	31
Verbraucherschutz ausbauen !	31

Finanzen und Steuern

Für eine gerechte Finanzpolitik mit Zukunft: Einnahmen erhöhen statt Ausgaben kürzen !	32
Kurzfristige Maßnahmen für Rheinland-Pfalz !	33
Kommunen in Not – Gemeindefinanzreform dringend notwendig !	34

Für Frieden, Abrüstung und Konversion - Für ein Friedensland Rheinland-Pfalz

DIE LINKE, die einzige Friedenspartei !	36
Zivilgesellschaft stärken - Keine Bundeswehr im Inneren !	36
Bundeswehr raus aus den Schulen und öffentlichen Räumen !	37
Konversion statt Krieg: Für ein Friedensland Rheinland-Pfalz !	37
Für den demokratischen Sozialismus !	39

Je stärker DIE LINKE, desto sozialer das Land!

Für ein demokratisch-sozialistisches und ökologisches Rheinland-Pfalz!

DIE LINKE steht für soziale Gerechtigkeit, mehr direkte Demokratie für alle Bürgerinnen und Bürger, für ein soziales Bildungssystem und Arbeit, von der man leben kann. Rheinland-Pfalz braucht eine neue soziale Leitidee:

- Wir kritisieren, dass Wenige immer reicher werden und gleichzeitig immer mehr Menschen in Rheinland-Pfalz in finanzielle und soziale Nöte geraten.
- Wir streiten für gerechte reguläre Beschäftigung! Unsichere und befristete Anstellungsverhältnisse, schlecht bezahlte Arbeit sowie Leih- und Zeitarbeit und Minijobs lehnen wir ab. Von Arbeit muss man leben können!
- Wir kämpfen für starke Kommunen, damit Schwimmbäder, Jugendeinrichtungen, Kulturangebote, soziale Dienstleistungen und bezahlbarer Wohnraum für alle Menschen flächendeckend zur Verfügung stehen.
- Wir wollen, dass Bildung in Rheinland-Pfalz endlich allen Menschen gleichermaßen zugänglich ist. Denn Bildung bedeutet soziale Sicherheit.

Für soziale Gerechtigkeit !

Es muss Schluss sein mit dem Sozialabbau. Die zunehmende Armut in Rheinland-Pfalz ist ein Skandal! Für eine neue Sozialpolitik in Rheinland-Pfalz braucht es eine glaubhafte Stimme: Dafür steht DIE LINKE! Wir sind die einzige Partei, die fordert „Hartz IV muss weg – denn es ist Armut per Gesetz!“ Auch Erwerbslose sollen ohne soziale Not leben können.

Durch die Wirtschafts- und Steuerpolitik wurden in den letzten Jahren viele Arbeitsplätze vernichtet: 1-Euro-Jobs, Leih- und Zeitarbeit sind moderne Lohn-Sklaverei! Fallende Löhne bei steigenden Gewinnen der Wirtschaft beuten die Beschäftigten aus und verstärken die soziale Ungleichheit.

Deswegen fordern wir:

- Hartz IV muss weg!
- Wir brauchen einen gesetzlichen Mindestlohn, denn von Arbeit muss man leben können!
- Mehr Beschäftigung und bessere Bezahlung im öffentlich geförderten Beschäftigungssektor!
- Armutsfeste Grundsicherung und Renten!

Linke Politik stellt immer auch die Frage, welche Auswirkungen politische Konzepte und Forderungen auf Männer und welche sie auf Frauen haben. DIE LINKE hat deutlich im Blick, dass von sozialer Ungerechtigkeit Frauen besonders betroffen sind. Politik gegen Armut, Ausgrenzung und Diskriminierung ist Politik, die ein selbstbestimmtes Leben aller Frauen in unserem Land erst ermöglicht.

Bildung ist Zukunft !

Bildung ist ein Menschenrecht und die Zukunft unserer Kinder. Die Landesregierung hat bessere Bildungszugänge versprochen, hat aber in den letzten 16 Jahren nichts dafür getan. Im bundesweiten Vergleich belegt das rheinland-pfälzische Bildungssystem regelmäßig hintere Plätze. Die Zahlen des Statistischen Bundesamtes zeigen: Die Landesregierung hat für Bildung zu wenig getan.

Deswegen fordert DIE LINKE:

- Die Abschaffung des mehrgliedrigen Schulsystems
- Eine Schule für Alle
- Kostenloses und gesundes Schulesen
- Lernmittelfreiheit
- Kleine Klassen
- Kurze Schulwege
- Mehr Lehrerinnen und Lehrer an den Schulen
- Die Einstellung von SchulpsychologInnen und SchulsozialarbeiterInnen an den Schulen
- Die Erhöhung der Investitionen in Bildung und Forschung mindestens auf das bundesweite Durchschnittsniveau.
- Die Abschaffung des Studienkontenmodells! Das Studienkontenmodell beinhaltet versteckte Studiengebühren.

Infrastruktur - ein neues Leitbild für Rheinland-Pfalz !

Der Landesregierung fehlt ein Leitbild für Rheinland-Pfalz: Statt in die Zukunft zu investieren, werden Steuergelder für unsinnige Vorhaben wie den Hochmoselübergang, die Mittelrheinbrücke oder die Erlebniswelt Nürburgring verschleudert. Dabei hat unser Land großes Potenzial: erneuerbare Energien, ökologischer Umbau der Automobilindustrie, sanfter Tourismus in der einmaligen Wein-, Kultur- und Naturlandschaft oder die zivile Nutzung der Militärbasen (Konversion) als Technologieparks.

Der Investitionsstau in Rheinland-Pfalz muss beendet werden. Steuergeschenke an große Unternehmen und Mammutprojekte müssen umgehend beendet werden. Rheinland-Pfalz braucht ein Zukunftsprogramm, das:

- die Infrastruktur erneuert
- den Öffentlichen Personennahverkehr zukunftsfähig macht
- die Einführung eines landesweiten Sozialpasses ermöglicht, damit Bus und Bahn sowie Kultur- und Freizeitangebote von allen wahrgenommen werden können
- Investitionen in erneuerbare Energien fördert
- die Daseinsvorsorge (Straßen, ÖPNV, Energie-, Wasser- und Abfallentsorgung, Kultur und Freizeit usw.) wieder in kommunale Hand zurückführt

Um unser Zukunftsinvestitionsprogramm zu finanzieren, brauchen wir ein gerechtes Steuersystem: Wir wollen Reichtum besteuern und die Profiteure des Kapitalismus zur Kasse bitten.

Die Landesregierung redet nur von sozialer Gerechtigkeit. Wir machen Druck! DIE LINKE ist die einzige Partei, die keine Spenden von Großunternehmen und Lobbyisten erhält. Eine starke LINKE in Rheinland-Pfalz gibt den Einkommensschwachen und der Bevölkerungsmehrheit wieder eine Stimme.

DIE LINKE will eine sozialere Politik: für mehr Gerechtigkeit, Bildungszugänge für alle und Vernunft bei der Umsetzung eines neuen infrastrukturellen Leitbildes für Rheinland-Pfalz. Um dies zu erreichen, wollen wir in den rheinland-pfälzischen Landtag einziehen. Wir wollen eine starke Stimme sein für soziale Gerechtigkeit in Rheinland-Pfalz.

Je stärker DIE LINKE, desto sozialer das Land.

Wirtschaft sozial !

Gute Arbeit – Gute Löhne !

Die „Arbeitsmarktreformen“ der letzten Jahre haben zu Armutslöhnen, Hartz-IV-Aufstockern, einer Zunahme der prekären Beschäftigung, einem Rückgang der Lohnquote und einem Abschmelzen des Tarifgefüges beigetragen. Arm trotz Arbeit – darunter leiden auch in Rheinland-Pfalz mehr und mehr Menschen. Diese Entwicklung gefährdet die Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme sowie der öffentlichen Infrastruktur und führt zu einer Ausgrenzung großer Bevölkerungsteile vom öffentlichen Leben.

„Rund ein Viertel der abhängig Beschäftigten in Rheinland-Pfalz arbeitet in neuen, häufig auch als ‚atypisch‘ bezeichneten Beschäftigungsformen. Hierzu gehören die befristete oder geringfügige Beschäftigung und Teilzeitarbeit mit 20 oder weniger Stunden.“ Nach Angaben des Statistischen Landesamtes in Bad Ems stieg der Anteil der abhängig Beschäftigten in diesen Beschäftigungsformen in Rheinland-Pfalz zwischen 1999 und 2009 von 21,2 Prozent auf 25,5 Prozent.¹

DIE LINKE fordert:

- einen gesetzlichen Mindestlohn von 10 Euro pro Stunde - das ist gerecht und gut für die Binnenwirtschaft
- Tariftreue bei öffentlichen Aufträgen
- ein Vergabegesetz, das allgemeinverbindlichen Tarifverträgen Vorrang einräumt, wenn diese höhere Löhne als den Mindestlohn im Vergabegesetz vorsehen
- Leih- und Zeitarbeit auf ein Mindestmaß zu beschränken und LeiharbeiterInnen mit den im Unternehmen direkt Beschäftigten gleich zu stellen
- den Kündigungsschutz zu verbessern
- Befristungen auf Ausnahmen zu beschränken
- 1-Euro-Jobs zu verbieten

Wirtschaftsdemokratie !

Die Finanzkrise hat auch viele rheinland-pfälzische Unternehmen getroffen. Viele der für unsere Wirtschaft wichtigen klein- und mittelständischen Betriebe mussten Kurzarbeit beantragen oder Angestellte entlassen, um sich vor der drohenden Insolvenz zu retten. Den Kapitalismus kennzeichnende regelmäßig wiederkehrende Finanzkrisen gefährden die Zukunft unseres Landes. Dem wollen wir entgegenwirken. Wenn Betriebe vor dem Aus stehen, weil Investoren sich zurückziehen, Banken nur unzureichend Kredite vergeben oder krisenbedingt die Absatzmärkte wegbrechen, kann das Land nicht tatenlos zusehen. Die klein- und mittelständischen Unternehmen und ihre Belegschaften haben in den letzten Jahrzehnten den Reichtum unseres Landes geschaffen. Diese Unternehmen sind von fundamentaler Bedeutung für unsere Wirtschaft, sie gilt es zu fördern, zu erhalten und auszubauen. DIE LINKE wird sich dafür einsetzen, die vielen regionalen klein- und mittelständischen Unternehmen im Konkurrenzkampf mit multinationalen, kapitalistischen Großunternehmen zu stärken. Das fördert die regionale Wertschöpfung, schafft Arbeit, begünstigt eine positive Lohnentwicklung und belebt die heimische Binnenkonjunktur nachhaltig.

Wir setzen uns dafür ein, dass mehr Demokratie im Betrieb verwirklicht wird. In der Verfassung des Landes Rheinland-Pfalz ist festgelegt, dass bei Entscheidungen, welche die grundlegenden Interessen der MitarbeiterInnen betreffen, auch die Betriebsvertretung mitwirken muss. Dies war

¹ (Deutschland: 1999: 19,7 Prozent, 2009: 24,8 Prozent). Zitat aus einem Bericht des Statistischen Landesamtes vom 13.08.2010

beispielsweise bei „Wolf Garten“ in Betzdorf, bei „Trelleborg“ in Höhr-Grenzhausen oder „Delphi“ in Langenlonsheim nicht der Fall. Diese Betriebe sollen geschlossen und/oder verlagert werden, ohne dass die Belegschaft ein Mitspracherecht erhält.

Die LINKE wird sich für die Demokratisierung der Wirtschaft einsetzen.

- DIE LINKE fordert: Steuergelder nur gegen Mitsprache und öffentliches Eigentum. Eine Belegschaftsbeteiligung in größeren Unternehmen garantiert Mitbestimmung für die Beschäftigten. Das Mitarbeitermodell garantiert, dass die Betroffenen auch diejenigen sind, die mitentscheiden. Damit werden wir Arbeit sichern, industrielle Strukturen erhalten, ausbauen und modernisieren sowie die Demokratisierung der Wirtschaft einleiten.

- DIE LINKE setzt sich im Landtag dafür ein, diesen Prozess durch entschiedene Maßnahmen zu unterstützen. Zum einen muss die Übergabe rechtlich abgesichert sein. Zum anderen benötigt die Betriebsleitung das entsprechende Wissen. Für beides soll das Land über die Investitions- und Strukturbank Rheinland-Pfalz (ISB) finanzielle Mittel, Expertisen und sonstige Ressourcen zur Verfügung stellen.

- DIE LINKE fordert die zwingende Einführung von Betriebsräten in allen Unternehmen, bei denen dies von der Belegschaft gefordert wird. Die Realisierung der Mitwirkungsmöglichkeiten der Betriebsvertretung muss in einem Gesetz umgesetzt werden.

Öffentliche Beschäftigung statt 1-Euro-Jobs: Ein Aktionsprogramm für 10.000 Jobs im ÖBS!

Unabhängig von Wirtschaftskrise und Konjunktur gibt es in Rheinland-Pfalz eine hohe Arbeitslosigkeit mit vielen älteren und Langzeit-Erwerbslosen. Insbesondere in den strukturschwachen Regionen in der Pfalz oder im Hunsrück ist die Arbeitslosigkeit dramatisch. Gleichzeitig existiert ein großer Bedarf an notwendiger Arbeit im öffentlichen Leben.

Seit der Umsetzung der Hartz-Gesetze sind in Rheinland-Pfalz 7.500 reguläre, versicherungspflichtige Arbeitsplätze durch den rechtswidrigen Einsatz von 1-Euro-Jobs vernichtet worden. Damit wurden in Rheinland-Pfalz im Bundesvergleich die meisten Arbeitsplätze vernichtet. Die Arbeitsplätze werden direkt oder indirekt abgebaut, verdrängt oder nicht wieder besetzt. Betroffen ist der öffentliche Dienst wie bei der Pflege von Grünanlagen, Schulen und Bürgerhäusern. Auch Küchenpersonal und Aushilfen in Kindertagesstätten und weitere Wirtschaftszweige wie in den Pflegeberufen, dem Maler- u. Baunebengewerbe oder dem Gartenlandschaftsbau sind betroffen.

Der Anteil der Beschäftigten im öffentlichen Dienst an allen Beschäftigten ist mittlerweile selbst in den USA höher als in Deutschland, in Frankreich ist er doppelt so hoch. Hätte Deutschland denselben Anteil an Beschäftigten im öffentlichen Dienst wie Dänemark, würde dies 5 Millionen zusätzliche Arbeitsplätze bedeuten.

DIE LINKE kämpft für reguläre Stellen im öffentlichen Dienst. Deswegen fordern wir:

- Abschaffung der 1-Euro-Jobs und Ersetzung durch tarifliche, entlohnte, sozialversicherungspflichtige Stellen im öffentlichen Dienst

- Zusätzlich zu diesen Stellen die Schaffung von 10.000 Stellen im Öffentlichen Beschäftigungssektor (ÖBS)

Was heißt das konkret? Der ÖBS soll genau dort Beschäftigung schaffen, wo der „Markt“ sie nicht erzeugt, ein Bereich, der aber trotzdem von gesellschaftlicher Bedeutung ist. Das bedeutet, dass die rechtswidrige Praxis, reguläre Beschäftigung beispielsweise im Handwerk oder in der Kindererziehung durch 1-Euro-Jobs zu ersetzen, im Falle des ÖBS nicht fortgesetzt wird.

Ursprünglich sollten die 1-Euro-Jobs – und daran erinnert sich heute kaum noch jemand – durch zusätzliche Beschäftigung eine Eingliederung in den ersten und zweiten Arbeitsmarkt erleichtern!

Und genau solche Jobs wollen wir nicht als 1-Euro-Jobs, sondern als repressionsfreie Stellen im ÖBS, welche die Würde des Menschen achten und gesellschaftliche Bedürfnisse professionell und anständig entlohnt befriedigen. Durch den ÖBS sollen für gesellschaftliche Tätigkeiten wie beispielsweise in der Freiwilligen Feuerwehr, in der Jugendarbeit, in interkulturellen Projekten, im Bereich der Kleinkunst, in Sportvereinen oder in Ökologieprojekten, die gegenwärtig liegen bleiben oder ehrenamtlich erledigt werden, sozialversicherungspflichtige Stellen entstehen. Für die Ausgestaltung der Arbeitsplätze im ÖBS werden die Betroffenen aktiv mit einbezogen.

Ein Zukunftsinvestitionsprogramm für Rheinland-Pfalz: 20 Milliarden Euro für Infrastruktur, Bildung, Verkehr und Umwelt !

Um die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für die Zukunft zu schaffen, Arbeitsplätze zu sichern und die Lebensqualität zu verbessern, fordern wir ein Infrastrukturprogramm für Rheinland-Pfalz. Eine lebenswerte Zukunft für alle Menschen in unserem Land erfordert mehr öffentliche Investitionen. Unser Zukunftsinvestitionsprogramm umfasst die Bereiche Bildung und Wissenschaft, Verkehr und Umwelt, Industrie und Tourismus sowie die kommunale Daseinsvorsorge. Hier wollen wir jedes Jahr zusätzlich 4 Mrd. Euro über einen Zeitraum von fünf Jahren investieren.

Das rheinland-pfälzische Bildungssystem entspricht weder bundesweiten Standards, noch stellt es allen Kindern die Bildungschancen zur Verfügung, die für ein selbst bestimmtes Leben nötig sind. Die Verkehrsinfrastruktur, insbesondere im Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV), ist weit hinter den Anforderungen und Bedürfnissen zurückgeblieben. Viele Kommunen sind pleite und können ihren Aufgaben im Bereich der Daseinsvorsorge kaum noch nachkommen: Schwimmbäder werden abgerissen, in den Schulen fällt der Putz von den Wänden, Straßenschäden werden nur noch provisorisch behoben, wenn überhaupt.

Die LINKE in Rheinland-Pfalz will im Konzert mit den Kommunen, den angrenzenden Ländern, dem Bund und der Europäischen Union durch groß angelegte Investitionen Arbeit schaffen, das Land modernisieren und die sozial-ökologische Wende einleiten. Um das Land für die zentralen Herausforderungen der Zukunft optimal aufzustellen, muss investiert werden, und zwar in:

- den Ausbau des Öffentlichen Personennahverkehrs
- die Förderung einer ökologisch ausgerichteten Landwirtschaft
- die ökologisch nachhaltige Konversion veralteter Wirtschaftsbranchen
- die Förderung alternativer Energien
- Bildung und Wissenschaft
- die Erneuerung der kommunalen Infrastruktur

Viele dieser Aufgaben berühren unterschiedliche staatliche Ebenen. Hierzu zählt insbesondere die Steuerpolitik. Ohne eine radikale Wende hin zu einer deutlich stärkeren Besteuerung von Spitzeneinkommen und Vermögen sind die notwendigen Zukunftsinvestitionen nicht finanzierbar. Deshalb soll sich das Land Rheinland-Pfalz über den Bundesrat insbesondere für die

- Einführung einer Vermögens- bzw. Millionärssteuer
- Einführung der Gemeindefinanzsteuer
- Anhebung des Spitzensteuersatzes
- Entschuldung der Kommunen stark machen

Alleine die Millionärssteuer von 5 Prozent auf Vermögen über 1 Million Euro brächte 3,5 Milliarden Euro jährlich für Rheinland-Pfalz. Ein Zukunftsinvestitionsprogramm ist finanzierbar.

Existenzsichernde öffentliche Beschäftigung ja – Workfare-Bürgerarbeit nein !

Bundesweit wurden 197 Konzepte zum Modellprojekt „Bürgerarbeit“ eingereicht, darunter 10 aus Rheinland-Pfalz. Damit sollen in Rheinland-Pfalz 3362 Langzeitarbeitslose „aktiviert“ werden und 809 Bürgerarbeitsplätze entstehen. Nach dem Durchlaufen der ersten drei Stufen, Beratung – Vermittlungsaktivitäten – Qualifizierung, steht mit der letzten Stufe die eigentliche Bürgerarbeit ins Haus. Die Projekte der Bürgerarbeit sind bei den Grundsicherungsstellen in den Städten und Landkreisen angesiedelt und unterliegen damit den Prinzipien des sogenannten „Förderns und Forderns“ im Regelkreis des SGB II.

- DIE LINKE lehnt den sich daraus ergebenden Zwangscharakter – im Gegensatz zum auslaufenden Bundesprogramm Kommunal-Kombi – sogenannter Eingliederungsvereinbarungen ab. Die damit einhergehenden Sanktionsmöglichkeiten gegen erwerbslose Menschen sind unvereinbar mit dem grundgesetzlich garantierten Prinzip der freien Berufswahl.

Im Modell Bürgerarbeit ist von tariflichen Regelungen die Rede, die nach den betreffenden Arbeitsverhältnissen und örtlich üblichen Arbeitsentgelten Anwendung finden sollen. Diese Aussage entpuppt sich bei näherer Betrachtung als reine Mogelpackung mit Alibi-Charakter. Die aus Rheinland-Pfalz eingereichten Konzepte zur Bürgerarbeit enthalten in der Regel keine konkreten Aussagen zu einzelnen Bürgerarbeitsstellen und somit auch keine Aussagen zur Entlohnung. Als maximale Förderbeträge werden vom Bundesministerium 900 Euro Bruttolohn zuzüglich 180 Euro Arbeitgeberzuschuss zu den Sozialversicherungen zur Verfügung gestellt, allerdings keine Beiträge zur Arbeitslosenversicherung. Deshalb entsteht durch Bürgerarbeit – ebenfalls im Gegensatz zum Kommunal-Kombi – für die Betroffenen kein Anspruch auf Arbeitslosengeld I.

Für eine alleinstehende Person in der Beschäftigungsphase des Modellprojekts Bürgerarbeit ergibt sich daraus ein Nettoarbeitseinkommen von 730 Euro. Faktisch bedeutet Bürgerarbeit also, dass die Betroffenen ihre Sozialleistungen selbst erarbeiten sollen, denn die vorgesehene Höhe des Bürgerarbeitslohns liegt im Regelfall nicht über dem Niveau von Hartz IV.

- Bürgerarbeit ist die Einführung des amerikanischen Modells „workfare“ durch die Hintertür nach dem Motto, wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen. DIE LINKE erteilt diesem Modell daher eine klare Absage: Existenzsichernde öffentliche Beschäftigung ja – Workfare-Bürgerarbeit nein!

Soziale Gerechtigkeit

Öffentliche Daseinsvorsorge !

In den Kommunen werden zahlreiche Entscheidungen getroffen, die unser Leben unmittelbar berühren. Die Städte, Gemeinden und Kreise übernehmen zahlreiche Aufgaben in der Daseinsvorsorge. Wenn die Kommunen diese Aufgaben nicht mehr wahrnehmen können, bekommen das die Menschen zu spüren. Aufgrund der Steuerpolitik der vorherigen Regierungen stehen heute fast alle Kommunen vor dem finanziellen Ruin. Mit der fortschreitenden Privatisierung des kommunalen Eigentums berauben sich die Kommunen ihrer Verantwortung und politischen Gestaltungsmöglichkeiten.

Die öffentliche Daseinsvorsorge wird ausgedünnt: Schwimmbäder werden abgerissen, Bibliotheken, Theater, Museen schließen, andere öffentliche Einrichtungen, insbesondere die Betriebe zur öffentlichen Daseinsvorsorge, werden privatisiert. Stellen in der öffentlichen Verwaltung werden abgebaut, soziale Dienstleistungen zurückgefahren, Vereinen aus Kultur und Sport und sozialen Initiativen werden die Zuwendungen gestrichen. Gerade in den ländlich geprägten Regionen fehlt es zunehmend an grundlegenden Einrichtungen für die Aufrechterhaltung von öffentlichen Dienstleistungen in den Bereichen Gesundheit, Pflege und Bildung.

Die Patentrezepte der neoliberalen Privatisierungsideologie haben sich für die meisten Kommunen als Flop erwiesen. Cross-Border-Leasing-Modelle haben sich ebenso wie „Public Private Partnership“-Projekte als unsolide und sehr teuer erwiesen. Gerade bei PPP-Projekten werden elementare Bereiche unserer Lebensgrundlage wie Bildung, Gesundheit, Energie, Wasser, Straßen, aber auch Gefängnisse und Friedhöfe zu Finanzprodukten und zu Spekulationskapital. Hierbei werden langfristige Verträge über Bau, Unterhalt und Betrieb unterschiedlicher öffentlicher Einrichtungen mit Privatunternehmen geschlossen. Die umfassenden Vertragswerke werden geheim gehalten, die parlamentarische Kontrolle wird ausgeschaltet. Während die Kommunen zahlen und das Risiko tragen, erwirtschaften die Unternehmen über 30 Jahre Gewinne. Einfallstor der PPP-Lobby ist die durch die neoliberale Politik erzeugte Verarmung der Kommunen in Verbindung mit der im Grundgesetz verankerten Schuldenbremse.

Die Privatisierung der öffentlichen Institutionen über PPP ist auch in Rheinland-Pfalz integraler Bestandteil neoliberaler Politik. Zur besonderen Förderung von PPP hat das Land Rheinland-Pfalz 2005 die Projektentwicklungsgesellschaft Rheinland-Pfalz mbH (PER) gegründet.

DIE LINKE setzt sich ein für:

- Auflistung und Offenlegung aller PPP-Verträge und Beschlüsse und
- eine Stärkung der Prüfungsrechte der Rechnungshöfe

Bezahlbare Versorgung der BürgerInnen mit öffentlichen Gütern und Dienstleistungen muss abseits von PPP und sonstigen Finanzierungsstrukturen umgesetzt werden. Wir fordern:

- Keine weitere Privatisierung öffentlicher Einrichtungen und Dienstleistungen
- Die Rekommunalisierung privatisierter oder teilprivatisierter Betriebe der Daseinsvorsorge
- Eine Stärkung der Kommunen durch eine bessere Finanzausstattung
- Sozialtarife für bezahlbare Energieversorgung und eine
- bessere Versorgung des ländlichen Raums (ÖPNV, schnelle Telekommunikation)

Die Gewerbesteuer ist die wichtigste, weil ergiebigste Einnahmequelle der Kommunen. Ihre Erweiterung zur Gemeindefortschrittssteuer erbringt mehr dauerhafte, verlässliche und deutlich höhere Einnahmen für die Kommunen. Alle unternehmerisch Tätigen sind bei angemessenen Freigrenzen steuerlich zu erfassen und die Bemessungsgrundlage auszuweiten. Um den ruinösen Wettbewerb um Wirtschaftsstandorte insbesondere zwischen den großen Städten und den umliegenden Gemeinden zu unterbinden, fordern wir eine Gemeindegebietsreform in den rheinland-pfälzischen Oberzentren unter Beibehaltung und Ausbau einer wohnortnahen Verwaltungsdienstleistung für die BürgerInnen.

Für eine solidarische und sichere Rente!

Heute erreichen immer mehr Männer und Frauen ein hohes Alter und sind nach dem Ausscheiden aus dem Beruf länger gesund, aktiv und autonom. Dies ist eine der großen Leistungen der Zivilisation und ein gesellschaftlicher Reichtum, der bewahrt und gestärkt werden muss.

Dem gegenüber sind immer mehr RentnerInnen von Altersarmut betroffen. Die jetzigen Rentenreformmaßnahmen werden diesen Trend weiter fortführen. Die zunehmende Privatisierung der Altersvorsorge sehen wir mit großer Sorge.

DIE LINKE setzt sich über Bundesratsinitiativen dafür ein, dass:

- die gesetzliche Rentenversicherung wieder Maßstab der Altersversorgung wird
- alle Bürgerinnen und Bürger in die gesetzliche Rentenversicherung einbezogen werden
- die Beitragsbemessungsgrenze aufgehoben wird
- die Erhöhung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre zurückgenommen wird
- die Kürzungsfaktoren abgeschafft werden
- Frauen einen gerechten Rentenanspruch erwerben, insbesondere durch Anerkennung von Kindererziehungszeiten vor 1992
- die Grundsicherung im Alter ein Leben nach der Erwerbsarbeit in Würde ermöglicht

Gesundheit und Pflege!

Gesundheits- und Pflegepolitik ist eines der zentralen Themen der Sozialpolitik. Wer krank ist oder der Pflege bedarf spürt, wie teuer unser Gesundheitssystem ist. Wer zum Arzt geht, muss pro Quartal 10 Euro zahlen, bei Medikamenten werden Zuzahlungen fällig, wer ins Krankenhaus muss, zahlt 14 Euro am Tag. Die Kosten der zahnmedizinischen Versorgung explodieren und sind für Menschen mit niedrigem oder keinem Einkommen kaum zu bezahlen.

Gesundheitspolitik bietet in Rheinland-Pfalz viele Handlungsfelder: So obliegt die Krankenhausfinanzierung den Ländern. Im Bundesländervergleich liegt Rheinland-Pfalz nur auf Platz 12. Gleichzeitig fallen die Löhne in den Gesundheitsberufen. Um gute Qualität im Gesundheitswesen und den Pflegeberufen zu bewahren, braucht es gute Löhne für qualifiziertes Personal.

Besonders kritisch ist auch die Einführung der Diagnosis Related Groups (DRG) zu sehen. Sie haben nicht nur zu einer deutlichen Arbeitsverdichtung in den Krankenhäusern geführt. Deutschlandweit gingen auch bis zu 50000 Vollzeitstellen in der Krankenhauspflege verloren, während gleichzeitig die Patientenzahlen stiegen und die Verweildauer in Krankenhäusern sich verkürzte. Die Verweildauer ist in Rheinland-Pfalz besonders niedrig. Man spricht in diesem Zusammenhang bereits von „blutigen Entlassungen“. Die DRGs haben letztlich die Situation der Krankenhäuser in Deutschland und damit auch in Rheinland-Pfalz mehr verändert als alle anderen vorherigen Gesundheitsreformen zusammen, denn dieses System begünstigt aus ökonomischer Sicht eine möglichst frühzeitige Entlassung.

Das Gesundheitssystem muss solidarisch finanziert werden. Eine Bürgerversicherung, in die jeder einzahlt – vom Arbeiter über den Beamten zum Abgeordneten – halten wir für sozial gerecht. Pflege muss allen zugänglich und sozial gerecht finanziert sein. Deshalb setzen wir uns für die Wiedereinführung und den Ausbau der umlagefinanzierten Sozialversicherung ein. DIE LINKE spricht sich außerdem gegen die Einführung der Kapitaldeckung in der Pflege aus. Der Bedarf an professioneller Pflege ist immens. Die vorhandenen Bemessungsinstrumente reichen nicht aus.

DIE LINKE fordert:

- den Einsatz analytischer Personalbemessungsinstrumente in der Pflege
- mehr Investitionen in Krankenhäuser, Ausstattung und Personal
- den Ausgleich der regionalen Unterschiede in der Gesundheitsversorgung

DIE LINKE ist gegen Privatisierungen im Gesundheitssystem.

- Wir wollen die Pflegeversicherung ausbauen. Die Leistungen der Pflegeversicherung müssen in einem ersten Schritt so angehoben werden, dass der Wertverlust der letzten Jahre ausgeglichen wird. Die Pflegeversicherung muss mehr sein als eine »Teilkaskoversicherung«.

- Menschen mit demenzieller Erkrankung müssen angemessen in die Pflegeversicherung einbezogen werden, damit sie umfassend und kompetent versorgt werden können.

- Angehörige müssen entlastet werden. Menschen, deren Angehörige plötzlich pflegebedürftig werden, sind in einer solchen Situation häufig überfordert. Wir dürfen die Menschen in einer solchen Situation deshalb nicht allein lassen. Das Angebot der LINKEN ist eine sechswöchige bezahlte Pflegezeit für Erwerbstätige, die der Organisation der Pflege und der ersten pflegerischen Versorgung von Angehörigen dient. Beschäftigte erhalten beitragsfinanzierte Lohnersatzleistungen, die den Lohn in Höhe des Arbeitslosengelds I bei vollem Kündigungsschutz ersetzen.

- Die professionelle Pflege muss aufgewertet werden. Für die vielen Beschäftigten muss gelten: Gute Ausbildung - Gute Arbeit - Gutes Geld - Gutes Leben!

- Wir wollen die solidarische BürgerInnenversicherung in Gesundheit und Pflege.

- Wir wollen das Leben für Pflegebedürftige und SeniorInnen vor allem in den ländlichen Regionen mit ihren speziellen Problemen angenehmer gestalten. In vielen Gemeinden gibt es Bürgerhäuser mit eingerichteten, aber wenig genutzten Großküchen. Hier wollen wir darauf hinwirken, dass die Menschen ein tägliches Mittagessen in gesellschaftlicher Umgebung bekommen können. Mit dieser Maßnahme wollen wir erreichen, dass mehr pflegebedürftige und ältere Menschen in ihrer gewohnten Umgebung verbleiben können und nicht in Pflegeheime umziehen müssen. Der Vereinsamung im Alter wird damit effektiv entgegengewirkt, ein solidarischer Umgang miteinander gefördert.

Medizinische Versorgungszentren sind keine Profitcenter von Unternehmen und Freiberuflern. Eine flächendeckende Versorgung mit in angemessener Zeit zu erreichenden Arztpraxen und Krankenhäusern ist zu gewährleisten. Die integrierte Versorgung nach dem Vorbild der Polikliniken muss weiter entwickelt und kommunale Gesundheitsdienste müssen ausgebaut werden. Die Krankenhausfinanzierung seitens des Landes ist auszubauen. Privatisierungen und Teilprivatisierungen lehnen wir ab!

Sozialer Wohnungsbau für Rheinland-Pfalz !

Viele Sozialwohnungen sind marode und hinken den heutigen Wohnungsstandards um Jahrzehnte hinterher. Einkommensschwache, ältere und sozial benachteiligte Menschen leben in Wohnungen ohne Waschmaschinenanschluss, mit veralteten Heizanlagen, undichten Fenstern, feuchten Wänden und weit weg von barrierefreien und altersgerechten Wohnformen. Hinzu kommt, dass Mietkosten mittlerweile zum größten Ausgabeposten geworden sind. Während obere Einkommenschichten die hohen Mietausgaben als Hauptausgabeposten problemlos bewältigen können, trifft dies gerade kleine und mittlere Einkommen besonders hart. Wohnen ist ein Grundrecht und darf nicht den Gesetzen des Marktes überlassen werden.

Durch sozialen Wohnungsbau kann hier Abhilfe geschaffen werden. Aus diesem Grunde wäre eine politische Initiative in diesem Bereich notwendig, sinnvoll und wirksam. Wir setzen uns ein für:

- den Erhalt und Ausbau des sozialen Wohnungsbaus
- bezahlbaren Wohnraum für einkommensschwächere Menschen und Familien mit Kindern
- altersgerechtes barrierefreies Wohnen
- Mehrgenerationenhäuser und betreute Wohnformen und
- die Ausweitung des Bund-Länder-Programms „Soziale Stadt“

In jeder Gebietskörperschaft müssen aktuelle und aussagekräftige Mietspiegel zur Verfügung gestellt werden.

Kinder, Jugend, Bildung und Wissenschaft

Jugend als eigenständige Lebensphase anerkennen !

Unter der neoliberalen Beschleunigung des Alltags, die sich in zunehmendem Stress, Leistungsdruck und fremdbestimmter Arbeitsbelastung äußert, leiden Jugendliche besonders. Die für die Persönlichkeitsentwicklung so wichtige Jugendzeit zwischen Kindheit und Erwachsensein wird immer stärker verdichtet und verkürzt. Nicht nur der Leistungsdruck in der Schule, sondern auch die durch Massenmedien vermittelten Leistungsansprüche an junge Menschen schüren Zukunfts- und Versagensängste und fördern eine unsolidarische Ellenbogenkultur.

- Die LINKE setzt sich für eine eigenständige Jugendpolitik ein, die der Situation junger Menschen sowohl im Alltag als auch in Schule und Beruf entspricht. Bildung ist mehr als Schule.
- Wir fordern im Rahmen der „Einen Schule für alle“ die gesetzlich verankerte Ganztagschule für alle SchülerInnen, die zusätzlich Kultur- und Sportangebote, kreative Freizeitgestaltung sowie qualifizierte pädagogische Betreuung bei der Vertiefung von Lernzielen (Hausaufgabenhilfe) anbietet. In diesem Rahmen muss Jugendlichen Verantwortung übertragen werden, damit sie den souveränen Umgang mit Entscheidungen nicht nur für ihr späteres Leben erlernen, sondern schon frühzeitig praktizieren.

Viele junge Menschen haben bereits großes Interesse daran, ihr direktes Lebensumfeld aktiv mitzugestalten. Jedoch haben sie nur wenig Möglichkeiten sich aktiv an politischen Entscheidungsprozessen sowie am allgemeinen politischen und kulturellen Leben zu beteiligen. Damit Jugendliche mehr mitbestimmen können setzen wir uns ein für

- die Herabsetzung des Wahlalters auf 16 Jahre und
- die Einführung flächendeckender Jugendbeiräte sowie für mehr Befugnisse für SchülerInnenvertretungen durch Änderungen im Schulgesetz

Die öffentliche Hand muss Jugendlichen auch jenseits der Schule Kultur-, Sport- und Freizeitangebote zur Selbstentfaltung und Selbstfindung bereitstellen. Wir sprechen uns entschieden gegen jede Form von Kürzungen im Jugend-, Kultur- und Bildungsbereich aus.

DIE LINKE setzt sich auch für eine Reform im Jugendstrafvollzug ein. Die Rückfallquote bei jugendlichen Straftätern kann durch gezielte Maßnahmen verringert werden.

Wir setzen uns ein für:

- ein Programm für Schulabbrecher (59% im Strafvollzug ohne Abschluss, 9,9% in der Gesamtpopulation) zum Erwerb eines Schulabschlusses
- Vermeidung der Abschiebung von jugendlichen Straffälligen
- eine qualifizierte und engagierte Nachsorge (mehr als die Hälfte wird in den ersten beiden Jahren rückfällig). Durch die zusätzliche Einstellung von Streetworkern könnte diese Maßnahme unterstützt werden.
- Evaluation von Maßnahmen im Strafvollzug gemäß dem BVG-Urteil vom 30.Mai 2006

Kinderbetreuung mit qualitativem Anspruch !

DIE LINKE will umfassende Kinderbetreuung für alle Kinder in Rheinland-Pfalz. Die internationalen Erfahrungen zeigen, dass eine umfassende und hochqualifizierte Kinderbetreuung der Schlüssel für Beschäftigungschancen der Eltern und exzellente Bildung der Kinder ist. DIE LINKE verbindet ihre Forderung zur Kinderbetreuung mit der frühkindlichen Bildung. Kinder lernen am besten von und mit anderen Kindern. Die frühkindliche Bildung schließt eine konsequente Sprachförderung in deutscher Sprache ein und unterstützt damit gleichberechtigte Startvoraussetzungen in der folgenden Schulzeit. Um den Gleichberechtigungsanspruch aller Kinder sicherzustellen, ist eine gemäßigte Kindertagespflicht notwendig. Wir fordern den Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung als Recht des Kindes.

Wir setzen uns ein:

- für das Recht der Kinder auf gebührenfreie, qualitativ hochwertige öffentliche vorschulische Bildung.
- für Öffnungszeiten von Kitas, Krippen und Kindergärten, die am Bedarf der Eltern ausgerichtet sind.
- für kleinere Kita-Gruppen, um eine kindgerechte Betreuung zu gewährleisten und Erzieherinnen und Erzieher zu entlasten
- für ein kostenfreies, gesundes Mittagessen in Kitas
- für den gebührenfreien Zugang zu kulturellen Einrichtungen wie Musikschulen und Theatern und Sportstätten wie Schwimmbädern, Turnhallen und Sportplätzen
- für Sprachförderung von Kindern mit Migrationshintergrund
- für die gemeinsame Betreuung von Kindern mit und ohne Behinderung
- dafür, dass die berechnete Forderung der Beschäftigten in Kindertagesstätten nach Anerkennung ihrer Arbeit, Verbesserung der Aus- und Weiterbildung, nach angemessener Bezahlung und guten Arbeitsbedingungen gehört wird

„Eine Schule für alle“ statt Schulchaos !

Das gegliederte rheinland-pfälzische Schulsystem zementiert soziale Ungleichheiten schon im Kindesalter und verbaut die Zukunftschancen vieler Kinder. Die Reform des überholten mehrgliedrigen Schulsystems hat das derzeitige chaotische Nebeneinander von Gymnasium, Integrierter Gesamtschule, Realschule, Realschule plus, Hauptschule und Förderschule sowie diverser privater Bildungseinrichtungen zur Folge.

DIE LINKE fordert die „Eine Schule für alle“ nach skandinavischem Vorbild als Regelschule. Weil sie für alle SchülerInnen ein hohes Bildungsniveau garantiert, trägt die Gemeinschaftsschule dazu bei, Ungleichheiten abzubauen und allen Kindern eine gute Zukunft zu ermöglichen. Unser Schulkonzept sieht längeres gemeinsames Lernen vor, bietet verschiedene Abschlüsse an, führt Kinder unterschiedlicher sozialer und ethnischer Herkunft zusammen und integriert Menschen mit Behinderung. Wir wollen, dass alle Kinder bis zum Abschluss der Sekundarstufe I gemeinsam lernen und Bildung auf dem höchsten Niveau für alle kostenlos zugänglich wird.

Rheinland-Pfalz gibt bundesweit am wenigsten für Bildung aus. Wer an Bildung spart, verkauft die Zukunftschancen unserer Kinder. DIE LINKE fordert, die Bildungsausgaben deutlich zu steigern, um kurzfristig wenigstens das bundesweite Durchschnittsniveau zu erreichen und langfristig die Bildungsausgaben am tatsächlichen Bedarf zu orientieren. Wir sprechen uns gegen jede Form von Privatisierung und Eliten-Erziehung im Bildungswesen aus.

- DIE LINKE fordert die Einführung des Unterrichtsfaches Bürgerkunde. Schule soll nicht nur dazu dienen Menschen für das Arbeitsleben vorzubereiten, sondern Kinder und Jugendliche zu sozialen, frei und kritisch denkenden BürgerInnen zu erziehen. Dafür müssen die entsprechenden Werte und Inhalte vermittelt werden.
- DIE LINKE setzt sich für die Schaffung kleiner Klassen und Lerngruppen ein. Das Lehrer-Schüler-Verhältnis in Rheinland-Pfalz entspricht nicht den OECD-Standards und liegt im bundesweiten Vergleich im unteren Drittel. Wir brauchen deutlich kleinere Klassen und individuelle Förderung, um den unterschiedlichen Neigungen, Stärken und Schwächen der SchülerInnen gerecht werden zu können.
- DIE LINKE setzt sich für eine kostenlose Beförderung für SchülerInnen auf dem Weg zwischen Wohnort und Schule ein.
- Wir fordern mehr Personal an rheinland-pfälzischen Schulen, um mittelfristig internationalen und nationalen Standards gerecht zu werden. Die Ungleichbehandlung der Lehrkräfte ist abzuschaffen. Neben den LehrerInnen soll sozialpädagogisch und psychologisch ausgebildetes Personal eingesetzt werden.

- Alle Jugendlichen müssen dabei unterstützt werden einen qualifizierten Schulabschluss zu erreichen. Schulsozialarbeit trägt erheblich dazu bei, Jugendliche zu motivieren und sie zu befähigen, die Herausforderungen der Schule und der Gesellschaft anzunehmen und zu bestehen.
- Die Gemeinschaftsschule ist eine Ganztagschule, die den SchülerInnen Hausaufgabenbetreuung, Nachhilfe sowie kulturelle und sportliche Aktivitäten nach der Unterrichtsphase anbietet. Ein kostenloses und gesundes Mittagessen für alle ist für uns selbstverständlich.
- Die LINKE setzt sich für die Rücknahme des Kooperationsvertrags, den die Landesregierung für die staatlichen Schulen mit der Bundeswehr geschlossen hat, ein. Schule ist kein Ort für einseitige Werbemaßnahmen der Bundeswehr, sondern soll jungen Menschen eine umfassende, kritische und differenzierte Sicht auf politische Vorgänge ermöglichen, die Maßnahmen der zivilen, nicht-militärischen Konfliktbearbeitung und Friedenssicherung ausdrücklich einbezieht und militärische Lösungen kritisch hinterfragt.
- Wir treten für die Abschaffung des G8-Gymnasiums ein, weil Geschwindigkeit und Qualität der Ausbildung einen Gegensatz darstellen, der für die SchülerInnen nicht zu überwinden ist.

Langfristig fordern wir eine bildungspolitische Initiative für Rheinland-Pfalz, die Elternverbände, Gewerkschaften, Schülervertretungen und Experten einbezieht.

Eine bildungspolitische Initiative sollte zwingend zu einer Demokratisierung der Schulen führen. Eine Verlagerung von Aufgaben von der Ebene Ministerium/ADD auf die Ebene der Schulen, im Landesschulgesetz verankert, könnte den Schulen mehr Autonomie geben.

- Die Schulleitung einer Schule soll in Zukunft von der Schulgemeinschaft (LehrerInnen, Eltern und SchülerInnen) gewählt, anstatt durch Ministerium/ADD bestimmt werden.
- Schulleitungen sollen in Zukunft mit einer Doppelspitze besetzt sein, einer schulpädagogischen Fachkraft und einer Geschäftsführung für die Verwaltungsaufgaben. Dabei ist darauf zu achten, dass die pädagogische Leitung weiterhin zeitanteilig im Schulbetrieb als Lehrkraft verbleibt, um den Kontakt nicht zu verlieren.
- Einstellung von LehrerInnen durch die Schulleitungen müssen möglich sein.
- Wir wollen Angestelltenstatus mit Streikrecht für alle LehrerInnen.

Die rheinland-pfälzische Schullandschaft ist nicht nur durch ein chaotisches Nebeneinander unterschiedlicher Schulformen sowie schlechte Schüler-Lehrer-Relationen gekennzeichnet, sondern reproduziert und verschärft bestehende soziale Ungleichheiten. Menschen aus sogenannten bildungsfernen Schichten, mit Behinderung und mit Migrationshintergrund sind davon besonders betroffen.

DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass in rheinland-pfälzischen Schulen die Rahmenbedingungen für die über die Integration hinausgehende Inklusion geschaffen werden, damit alle Kinder Chancen auf ein selbstbestimmtes Leben haben.

Ausbildung – wichtiger denn je !

Die betriebliche Ausbildung muss verbessert werden, um jungen Menschen einen erfolgreichen Start in ein gutes und erfülltes Berufsleben zu ermöglichen. Es ist ein Skandal, dass immer mehr Jugendliche ihre wichtigste Lebensphase in Maßnahmen und Warteschleifen verbringen. Betriebe, die ausbilden können, aber dies nicht tun, sollen sich zumindest mit einer Ausbildungsplatzumlage an der Finanzierung der Ausbildung beteiligen. Damit werden vor allem kleinere und mittlere Betriebe entlastet, die ihrer Verantwortung gerecht werden. Jeder junge Mensch hat ein Recht auf einen Ausbildungsplatz.

- Wir fordern die Einführung einer Ausbildungsplatzumlage für alle Unternehmen, die nicht ausbilden.
- Die öffentliche Hand kann durch eine Ausweitung der Ausbildungsplatzangebote im öffentlichen Bereich mit gutem Beispiel vorangehen.

- Wir kämpfen für die Verankerung des Rechts auf Ausbildung im Grundgesetz und der Landesverfassung sowie das Recht auf fachbezogene, unbefristete Übernahme für alle Auszubildenden, sofern dies möglich ist.

Die Situation in den Berufsschulen in Rheinland-Pfalz ist katastrophal. Mit 6,7 Prozent temporärem Unterrichtsausfall liegen die beruflichen Schulen weit abgeschlagen auf dem schlechtesten Platz im gesamten Schulgefüge. Sie sind das Stiefkind in der Schullandschaft.

- Wir fordern die Einstellung von mehr LehrerInnen. DIE LINKE wird sich dafür einsetzen, dass in den beruflichen Schulen wieder mehr Unterricht stattfinden wird, damit die Auszubildenden auch hier eine gute Ausbildung bekommen.

Schule und Wirtschaft !

Unter dem Druck von Wirtschaftsverbänden sollen ökonomische Inhalte einen breiteren Raum im Unterricht einnehmen, was letztendlich zur Einrichtung des Faches Wirtschaft an weiterführenden Schulen führen soll. Großzügig unterstützt von Wirtschaftsverbänden, werden in diesem Sinne seit einigen Jahren LehrerInnen als Multiplikatoren für jede Schule ausgebildet, die Bertelsmann-Stiftung nimmt über eigene Mitarbeiter direkten Einfluss auf die Tätigkeit des Landesministeriums.

Die LINKE fordert

- den kritischen Einbezug einer ökonomischen Bildung, die am Menschen orientiert ist, an seinen ökonomischen und sozialen Bedürfnissen, für die der Mensch die Richtgröße ist und nicht das Prinzip der Profitorientierung, welche die ökonomische Bedingtheit aller existentiellen Probleme der Gesellschaft analysiert und daraus Ansätze zu einer Handlungsorientierung gewinnt

- die Überarbeitung der für die Schulen verbindlichen „Richtlinien für ökonomische Bildung“ und der dazugehörigen „Handreichungen“

- den Einbezug von Vertretern von Sozialverbänden, Gewerkschaften, Kirchen, Betroffenenverbänden, von SchülerInnen, LehrerInnen, Elternschaft im gleichen Maße, in dem Vertreter von Wirtschaftsverbänden und Bertelsmann-Stiftung herangezogen werden

Studium: Für eine selbst bestimmte Bildung !

Gute Wissenschaft, freie Forschung und umfangreiche Bildung sind die Grundlagen für eine erfolgreiche Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft. Eine zukunftsorientierte Hochschule muss demokratisch verfasst und organisiert sein, jedem und jeder offen stehen, Freiheit in Forschung und Lehre garantieren und von der öffentlichen Hand getragen sowie ausfinanziert werden. Die Hochschulen in Rheinland-Pfalz sind davon weit entfernt. Überfüllte Hörsäle und baufällige Gebäude, überzogene Mieten für Studierende und ein unterbezahlter wissenschaftlicher Mittelbau, eine verkorkte Studienreform und ein vom Ministerium angeheizter Wettbewerb um Drittmittel legen Zeugnis vom Versagen der Landesregierung ab. Dies zeigt sich auch im bundesweiten Vergleich, wo Rheinland-Pfalz bei den „Bildungsausgaben je Einwohner“ im unteren Drittel zu finden ist und bei den „laufenden Ausgaben je Studierenden“ sogar auf den letzten Platz abstürzt.

DIE LINKE fordert einen sofortigen Richtungswechsel in der Wissenschafts- und Hochschulpolitik.

- Wir setzen uns dafür ein, die Hürden vor dem Bachelor und Master abzubauen.

- Weder Geld noch Noten sollen den Zugang zum Studium regulieren, sondern einzig und allein die individuelle Neigung.

- Deswegen fordern wir eine Reform des Studiums hin zu mehr Eigenständigkeit und individueller Flexibilität.

- Dafür ist deutlich mehr Personal für eine bessere Betreuung der Studierenden notwendig.

- Der Master muss allen Studierenden offen stehen.
- Wir sprechen uns gegen Elitförderung und soziale Auslese aus.

Weil wir langfristig eine deutlich höhere Studienbeteiligung benötigen und eine flexible Verzahnung des Hochschulbildungssystems mit der betrieblichen Ausbildung anzustreben ist, muss das Bachelor-Master-System weiterentwickelt und an die Erfordernisse einer Lebens- und Arbeitswelt ausgerichtet werden, in der Bildung eine bedeutende Rolle für Arbeit, Kultur und Persönlichkeitsentwicklung einnehmen wird.

- Studiengebühren aller Art – auch verdeckte in Form von Studienkonten – müssen vom Gesetzgeber verboten werden.
- Damit Erwerbsarbeit neben dem Studium der Vergangenheit angehört, ist ein sozial gerechtes BAföG einzuführen.
- Die Drittelparität an den Hochschulen muss hergestellt werden.
- Die Lehre sollte gleichberechtigt neben der Forschung stehen und deutlich aufgewertet werden.

DIE LINKE fordert eine demokratische, ausfinanzierte und autonome Hochschule, in der die Lehre gleichberechtigt neben der Forschung steht, in der Studierende gleichberechtigt in den Gremien der Hochschule vertreten sind.

Seit nunmehr 40 Jahren erlebt das deutsche Hochschulsystem eine Verschiebung von der Grundfinanzierung zugunsten der Drittmittelfinanzierung. DIE LINKE fordert eine Umkehrung dieser Entwicklung. Drittmittel dürfen nicht länger zur Finanzierung des Grundbedarfs dienen, sondern der Förderung von punktuellen zusätzlichen Aktivitäten wie dem wissenschaftlichen Austausch oder der zeitweiligen Freistellung für besondere Aufgaben.

Die Wissenschaftskarriere ist in Deutschland ein steiniger Weg, der für viele in einem ungünstigen Lebensalter in einer aussichtslosen beruflichen Situation endet. Familiäre Lebensformen und -entwürfe bleiben dabei fast vollkommen auf der Strecke. Insbesondere Frauen werden aus diesem Grund weitgehend aus der Wissenschaft ausgeschlossen. Deshalb fordert die LINKE in Rheinland-Pfalz

- die Einrichtung von unbefristeten Assistentenstellen
- eine Frauenquote von 50 Prozent bei Stellenbesetzungen im Hochschulbereich

Demokratie und Bürgerrechte

Mehr direkte Demokratie für Rheinland-Pfalz !

In der gesamten Geschichte von Rheinland-Pfalz gab es ein einziges Volksbegehren und noch nie einen Volksentscheid. Eine traurige Bilanz einer jahrzehntelang andauernden Verhinderungspolitik gegenüber der direkten Demokratie.

In der rheinland-pfälzischen Verfassung wurden hierfür schier unüberwindliche Hürden geschaffen. Eine Volksinitiative muss 30.000 Unterschriften von wahlberechtigten BürgerInnen sammeln, nur um den Landtag verpflichtet zu können über einen politischen Sachstand ergebnisoffen zu befinden. Will die Initiative ein Volksbegehren initiieren, so muss sie sogar 300.000 Unterschriften in nur 2 Monaten sammeln. Dies sind doppelt so viele Unterschriften wie Wählerstimmen benötigt würden, damit eine Partei überhaupt in den Landtag einziehen kann.

Doch damit noch nicht genug. Selbst wenn es trotz der bestehenden Hürden zu einem Volksentscheid käme, so wäre dieser an ein Mindestbeteiligungsquorum von 25% der Wahlberechtigten gebunden.

DIE LINKE möchte diese Ausgrenzung des Bürgerwillens beenden. Deswegen fordern wir:

- Reduzierung der Unterschriften auf 10000, um als Volksinitiative parlamentarisch anerkannt zu werden
- Freie Sammlung von 100000 Unterschriften in 4 Monaten, damit ein Volksbegehren durchgeführt werden kann
- Unterschriftsberechtigt soll jede und jeder sein, die/der das 16. Lebensjahr vollendet und mindestens für die Dauer von 6 Monaten ihren/seinen ersten Wohnsitz in Rheinland-Pfalz hat
- Ersatzlose Streichung der undemokratischen Beteiligungshürde von 25%
- Das gesamte Verfahren zur Einleitung eines Volksbegehrens muss transparenter und bürgerfreundlicher gestaltet sein. Die direkte Demokratie soll vom Gesetzgeber gefördert und nicht behindert werden.

Mehr direkte Demokratie auch in den Kommunen !

Die rheinland-pfälzischen Gemeinde- und Landkreisordnungen sind durch Misstrauen gegenüber den Menschen, der Angst vor direkter Bürgerbeteiligung und blindem Vertrauen in die Träger parlamentarischer Macht bestimmt. Deutlich wird dies in den nahezu unüberwindlichen Hürden für Bürgerbegehren. Demnach müssen bis zu 10 Prozent der BürgerInnen ein Begehren unterschreiben, ansonsten findet keine Abstimmung statt. Gleichzeitig sind Bürgerbegehren inhaltlich in vielen Punkten begrenzt, etwa wenn sie die öffentlichen Haushalte berühren. Von einer Ermöglichung direkter Demokratie kann somit keine Rede sein. Eine moderne und demokratische Bürgerbeteiligung in der Kommune sieht anders aus. Deswegen fordert DIE LINKE:

- Die Absenkung der Unterschriftsquoren auf 4% der Wahlberechtigten
- Die ersatzlose Streichung der Beteiligungshürde von 20%
- Das Akteneinsichtsrecht für alle von einer kommunalen Entscheidung betroffenen Menschen
- Bürgerbegehren und Bürgerentscheide auch über die Aufstellung, Änderung und Aufhebung von Bauleitanträgen
- Kommunales Wahlrecht für alle ab 16 Jahren
- Vetorecht für Jugendparlamente bei Entscheidungen, die sie betreffen
- Aktives Wahlrecht ab 12 und passives Wahlrecht ab 14 Jahren für Jugendparlamente

- Kommunales Wahlrecht für alle Mitbürger ausländischer Herkunft, die mindestens 6 Monate ihren Erstwohnsitz in der Kommune haben
- Die Wiederherstellung des vollen Konnexitätsprinzips. Die politische Ebene, die Entscheidungen trifft, muss auch für die Finanzierung sorgen.

Bürgerbeteiligungen alleine reichen jedoch nicht aus. Es bedarf darüber hinaus einer breiteren und intensiveren Einbindung der Bevölkerung in das politische Geschehen, z.B. über Bürgerhaushalte. Deren Umsetzung in den einzelnen Gemeinden muss eine Zielperspektive einer neuen Gemeindeordnung sein. Hierdurch kann auch strukturellen Problemen wie dem mangelnden kommunalpolitischen Interesse der Menschen und Vetternwirtschaft entgegengewirkt werden. Die Möglichkeiten des Internets als modernem Kommunikationsmedium sind bei der Einbindung der BürgerInnen in wichtige Entscheidungsprozesse in Form von Diskussionsforen und manipulations- und datenschutzsicheren Abstimmungen zu nutzen.

Selbstbestimmung statt Überwachungsstaat !

Auf öffentlichen Plätzen, im Internet, beim Einkaufen, auf der Arbeit: Beinahe überall und rund um die Uhr werden wir überwacht. Sicherheitsbestrebungen des Staates und Profitstreben der Wirtschaft greifen so umfassend unsere Freiheit an und schränken jedes Individuum in seiner freien Entfaltung ein. Der Überblick über die über uns gesammelten und gespeicherten Daten fehlt, obwohl es das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung gibt. Jede und jeder muss Kenntnis über die über sie/ihn erhobenen Daten haben.

- Das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung muss verwirklicht und in die rheinland-pfälzische Landesverfassung aufgenommen werden.
- Die Linke setzt sich für das Verbot aller rein präventiven Überwachungsmaßnahmen ein. Dies beinhaltet die Forderung nach der sofortigen Löschung aller ohne fundierten Tatverdacht gesammelten und gespeicherten Datenbestände.
- Überwachung hat am Arbeitsplatz nichts zu suchen. Der ArbeitnehmerInnendatenschutz muss umfassend ausgebaut werden.
- Das Internet wird für unser Leben immer wichtiger. Gerade deshalb setzt sich Die Linke dafür ein, dass die staatliche und kommerzielle Nutzung unserer freiwillig veröffentlichten persönlichen Daten verboten wird.

Integration, Gleichstellung, kulturelle Vielfalt der Lebensweisen

Gleichstellung von Mann und Frau: Für ein gleichberechtigtes Miteinander !

Frauen werden bei Entlohnung und Einstellung für höhere Tätigkeiten diskriminiert. Im Niedriglohnssektor arbeiten zumeist Frauen, sie sind weiterhin betroffen von zunehmender Armut. Altersarmut bei Frauen wird in den nächsten Jahren zu einem großen Problem werden. Diese Benachteiligung und Ausbeutung der Frau muss beendet werden. Die Gleichberechtigung von Frauen und Männern zu verwirklichen - eine gleichberechtigte Gesellschaft der Geschlechter ohne Ausbeutung und Unterdrückung ist unser vorrangiges Ziel.

DIE LINKE fordert:

- Gleichen Lohn für gleiche Arbeit, sozialversicherungspflichtige, unbefristete und gut bezahlte Beschäftigung für alle und Abschaffung der Lohndiskriminierung
- Förderung von Projekten für eine Veränderung des geschlechtsspezifischen Berufswahlverhaltens von Frauen und Männern
- Verbindliche Vorgaben zur Durchsetzung von Gleichstellungsprogrammen
- Einrichtung von Landesprogrammen zur beruflichen Förderung speziell von Frauen, die auf dem Arbeitsmarkt Nachteile erfahren, z.B. Frauen mit Migrationshintergrund, Frauen nach der Familienphase oder Frauen mit Behinderung
- Die Einführung eines landesweiten Haushalts, der sich am Gender Budgeting orientiert. Gender Budgeting ist ein Konzept, das Haushaltsausgaben an den spezifischen Bedürfnissen von Frauen und Männern orientiert.
- DIE LINKE setzt sich für eine Frauenquote in Leitungspositionen ein. Das Land ist aufgefordert alle Leitungspositionen in öffentlichen Stellen (Ämter, Verwaltung, Schulen und Hochschulen) min. 50% quotiert mit Frauen zu besetzen
- Alterssichernde Renten für alle Frauen
- Sicherheit vor Gewalt und sexistischen Übergriffen – gesicherte Finanzierung von Frauenhäusern sowie die Aufstockung der Mittel für Einrichtungen gegen Gewalt an Frauen
- Stärkung der Opferrechte sowie die Gewährleistung von Opferschutz
- Flächendeckende Einstellung von hauptamtlichen Frauenbeauftragten und Erhöhung ihrer Kompetenzen

Gleiche Rechte für alle Lebensweisen !

DIE LINKE setzt sich gegen jede Form der Diskriminierung und Benachteiligung ein. Homo-, Bi-, Transsexuelle (Menschen, deren biologisches Geschlecht vom psychischen Geschlecht abweicht) und Intersexuelle (Menschen mit beiden biologischen Geschlechtern) werden in Rheinland-Pfalz immer noch diskriminiert und gesetzlich benachteiligt.

Gegen diese Benachteiligung setzen wir ein umfangreiches Bildungs- und Aufklärungsprogramm:

- In den Schulen muss Aufklärung und Sexualkunde im Lehrplan verankert sein. Sexualkunde gehört in den Biologieunterricht und nicht in den Religionsunterricht. LehrerInnen sollen darauf sensibilisiert werden, bei SchülerInnen gegenüber Homo-, Bi-, Trans- und Intersexualität um Toleranz zu werben.
- In öffentlichen Einrichtungen wie Verwaltung, Bundeswehr und Polizei sollen Programme initiiert werden, die sich gegen die Diskriminierung auf Grund der Sexualität einsetzen.

- Wir wollen die Initiativen und Vereine, welche um die Anerkennung anderer Lebensweisen streiten, stärker fördern, damit gemeinsame Bildungs- und Aufklärungsmaterialien zur Diskriminierung gegen die sexuelle Identität entwickelt werden.

Die Landespolitik in Rheinland-Pfalz hat die Chance, die Anti-Diskriminierungspolitik politisch mitzugestalten. Nur so kann Homophobie (Diskriminierung von Homosexuellen) und Transphobie (Diskriminierung von Trans- und Intersexuellen) erfolgreich entgegnet werden:

- Artikel 4 der Landesverfassung zum „Schutz der persönlichen Ehre“ soll um den Zusatz der „sexuellen Identität“ ergänzt werden. Mit Hilfe einer Bundesratsinitiative soll auch eine Änderung des Grundgesetzes angegangen werden, die den „Schutz der sexuellen Identität“ in Artikel 3 des Grundgesetzes festschreiben soll.

- Rheinland-Pfalz braucht eine eigenständige Anti-Diskriminierungsstelle, an die sich Diskriminierte wenden können. Die Anti-Diskriminierungsstelle soll Information, Beratung und Unterstützung der Betroffenen bei jedweder Form der Diskriminierung bieten.

- Bundesratsinitiativen zum Schutz der Rechte von Transsexuellen und von Intersexuellen sollen von Rheinland-Pfalz ausgehen. Es verletzt die Menschenrechte, wenn sich Transsexuelle bei der Geschlechtsumwandlung und Namensänderung (Personenstandsänderung) zwangssterilisieren lassen müssen. Intersexuelle sollen das Recht haben, ihr eigenes Geschlecht zu wählen.

Homo-, Bi-, Trans- und Intersexuelle werden durch die Gesetzeslage in Deutschland in der Arbeitswelt und durch die Steuer- und Familienpolitik stark benachteiligt und ausgegrenzt. Dem gegenüber verlangt DIE LINKE in Rheinland-Pfalz:

- Sexuelle Identität darf nicht zur Benachteiligung in der Arbeitswelt führen. Hierfür sollen Programme für ArbeitgeberInnen und ArbeitnehmerInnen initiiert werden, die sich Anti-Diskriminierung zum Ziel setzen.

- Wir fordern die Ausweitung des Anti-Diskriminierungsgesetzes auf kirchliche und religiöse Arbeitgeber.

- Wir fordern die Öffnung der Ehe für alle Lebensweisen.

- Alle Lebensweisen sollen gleich behandelt werden. Dies beinhaltet auch die gleichen Rechte für sogenannte Regenbogenfamilien (gleichgeschlechtliche Familien); für sie sollen die gleichen Regelungen bei Adoption, Unterhalt und Sorgerecht wie für Ehen gelten.

- In der Steuerpolitik setzen wir uns für eine Abschaffung des Ehegattensplittings ein. Das Ehegattensplitting bevorzugt nur die Ehe und benachteiligt alternative Lebens- und Familienformen.

Behindertenpolitik - Barrierefreiheit auf allen Ebenen !

DIE LINKE hat es sich zur Aufgabe gemacht, die Belange aller BürgerInnen zu vertreten. Dazu gehört insbesondere die Behindertenpolitik. Wir wollen, dass das Land Rheinland-Pfalz mehr auf die Belange von Menschen mit Behinderung eingeht! Behindertenpolitik kann nicht isoliert betrachtet werden, vielmehr ist es eine Querschnittsaufgabe zu anderen Politikfeldern wie z.B. Schul-, Verkehrs-, Gesundheits- und Arbeitsmarktpolitik.

Integration von Menschen mit Behinderung beginnt bereits in den Kindergärten und Schulen. Deshalb fordert DIE LINKE Inklusionsschulen. Inklusionsschulen lassen alle Kinder, mit oder ohne Behinderung, gemeinsam lernen. Ausgrenzung wird hier von der Grundschule an entgegengewirkt.

DIE LINKE fordert in der Behindertenpolitik:

- Stärkere Betreuungs- und Beratungsangebote vom Land für Eltern von Kindern mit Behinderung. Eltern brauchen in dieser Situation Unterstützungsangebote durch geschulte PädagogInnen. Hier muss das Land Versorgungsstrukturen aufbauen.

- Komplette Barrierefreiheit auf allen Ebenen muss für alle Behinderten gelten: Zugang zu Bildung auf der einen Seite und Zugang zu öffentlichen Gebäuden auf der anderen Seite sind wichtige Grundpfeiler einer emanzipierten Behindertenpolitik.

- eine landesweite Strategie zur Inklusion von Behinderten in allen gesellschaftlichen Bereichen und damit zur Umsetzung der UN-Konventionen
- Zugang zu Arbeit für Behinderte

Integration statt Ausgrenzung und Diskriminierung !

Menschen aus aller Welt prägen das tägliche Leben in Rheinland-Pfalz. 18,5 % der Rheinland-PfälzerInnen haben einen Migrationshintergrund. Bei den unter 6-jährigen sind es bereits 35 % Prozent.

MigrantInnen sind auf vielfache Weise benachteiligt. Sie sind häufiger erwerbslos oder gehen niedrig bzw. schlecht bezahlten Tätigkeiten nach. Das Risiko zu verarmen oder erwerbslos zu werden ist besonders hoch. Kinder mit Migrationshintergrund haben deutlich schlechtere Chancen in Schule und Ausbildung.

Frauen, die in der Familie von Gewalt bedroht sind oder Opfer von Menschenhandel wurden, finden auch in Rheinland-Pfalz nur selten die Unterstützung, die sie benötigen.

DIE LINKE möchte diese Entwicklungen stoppen und setzt sich für volle politische Rechte für alle Menschen ein, die ihren Lebensmittelpunkt in Rheinland-Pfalz haben. Sie streitet für eine rechtliche, politische und wirtschaftliche Gleichstellung von MigrantInnen. Integration heißt nicht Assimilation, sondern kulturelle Vielfalt. Konsequente Integrationspolitik ist ein wichtiger Schritt, um der Spaltung der Gesellschaft entgegenzutreten.

Der freie Zugang zu Bildung, Ausbildung und Arbeit ist eine wichtige Voraussetzung für Chancengleichheit in unserer Gesellschaft. DIE LINKE fordert grundlegende Veränderungen im Bildungs- und Ausbildungssystem:

- Einstellung von mehr LehrerInnen mit Migrationshintergrund
- Angebot von Ausbildungsplätzen, welches die Bedürfnisse und Interessen von MigrantInnen berücksichtigt
- Einheitliche, erleichterte und beschleunigte Anerkennung von im Ausland erworbenen Qualifikationen und Abschlüssen
- Förderung der Sprachkompetenz, d.h. muttersprachlicher Unterricht als auch Vermittlung von Deutschkenntnissen

Gleiche Rechte und gleichberechtigte Teilhabe müssen in allen Lebensbereichen gegeben sein. Um dies zu gewährleisten, werden wir für folgende Punkte streiten:

- Stärkung der Integrationsbeauftragten durch den Ausbau ihrer Befugnisse und eine ihren Aufgaben entsprechende finanzielle Ausstattung
- Einführung der doppelten Staatsbürgerschaft und Erleichterung der Einbürgerung und
- vermehrte Einstellung von Menschen mit Migrationshintergrund in der Verwaltung, in Bildungseinrichtungen und bei der Polizei

Nicht Flüchtlinge bekämpfen, sondern Fluchtursachen !

So lange es Kriege, Verfolgung, Umweltzerstörung und soziale Ungleichheit gibt, werden Menschen auf der Flucht sein. Flüchtlinge und Asylbewerber kommen auch nach Rheinland-Pfalz. Die Politik in Rheinland-Pfalz ist aber auf Ausgrenzung und Repression ausgelegt. In Trier werden Flüchtlinge in einer lagerähnlichen Unterkunft untergebracht. Asylbegehrende und Geduldete unterliegen der Residenzpflicht, d. h. sie dürfen ihren Landkreis nur nach Genehmigung verlassen. Im Abschiebegefängnis in Ingelheim werden Flüchtlinge wie Schwerverbrecher behandelt. Flüchtlinge werden schikaniert und ausgegrenzt.

Doch kein Mensch flieht freiwillig. Auch Flüchtlinge haben eine Menschenwürde. Nicht die Flüchtlinge müssen bekämpft werden, sondern die Fluchtursachen. DIE LINKE wird sich deshalb für folgende Punkte stark machen:

- Aufhebung der Residenzpflicht
- Auflösung des Abschiebegefängnisses in Ingelheim
- Verbot von Abschiebungen und ersatzlose Abschaffung der Abschiebehaft
- ersatzlose Schließung des Ausreisezentrums in Trier
- konkrete Maßnahmen und Kontrollen gegen Frauenhandel
- Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes und Finanzierung eines menschenwürdigen Lebens der Flüchtlinge
- Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention
- Abschaffung von Kettenduldungen

Kein Mensch ist illegal !

- Menschen ohne Papiere sind in keinster Weise gegen sexuelle und wirtschaftliche Ausbeutung geschützt. Auch für diese Menschen müssen die Grundrechte gelten. DIE LINKE fordert einen gesicherten Aufenthaltsstatus für „Illegalisierte“.
- DIE LINKE wird sich dafür einsetzen, dass die UN-Kinderrechtskonvention in unserem Bundesland auch für Kinder von MigrantInnen umfassend gilt. Die besondere Schutzwürdigkeit von Kindern ist demnach auch durch die Härtefallkommission des Landes durchzusetzen. Ebenfalls ist das Handeln aller weiteren behördlichen Stellen mit Hinblick auf die Anwendung der Konvention in Rheinland-Pfalz sicherzustellen.

Faschismus und Nationalismus bekämpfen !

Rechtsextremistische Parteien, Organisationen und Gruppen breiten sich auch in Rheinland-Pfalz immer stärker aus. Dies geschieht teils auf legalem Weg unter Ausnutzung demokratischer Rechte, aber auch in der Illegalität. Diese Entwicklung ist eingebettet in einen gesellschaftlichen Kontext, der durch die Verschärfung der sozialen Widersprüche in den kapitalistischen Ländern gekennzeichnet ist, woraus – wie häufig in Zeiten ökonomischer und sozialer Krisen – Handlungsmuster erwachsen, die auf Ausgrenzung, Irrationalismen und autoritären Politikkonzepten basieren.

ArbeitnehmerInnen und arbeitslose Menschen, die, ausgespielt durch international agierende Konzerne, glauben, ihr in Auflösung begriffenes Recht auf wirtschaftliche und soziale Teilhabe durch Ausgrenzung gesellschaftlicher Minderheiten zurückzugewinnen zu können und ein verunsichertes Bürgertum, das sich rechtsextremen Weltanschauungen öffnet, sind Beispiele einer besorgniserregenden Akzeptanz rückwärtsgewandter oder rechtsextremer Denkmuster und Handlungsweisen in unserer Gesellschaft.

So spezifisch der Faschismus in seinen historischen bzw. nationalen Ausprägungen auch ist – kennzeichnend für alle seine Varianten ist der Klassenkampfcharakter – als „Klassenkampf von oben“ richtet sich sein auch auf physische Vernichtung angelegter Kampf immer gegen emanzipative Bewegungen, welche gleiches Recht auf soziale und wirtschaftliche Teilhabe für alle Menschen einfordern.

Antifaschismus stellt deshalb für Linke nicht nur ein ethisches Postulat dar – er ist existentiell für die Linke, will sie sich politische Handlungs- und Gestaltungsspielräume offen halten.

Um den Angriffen auf die Demokratie wirksam begegnen zu können, bedarf es zuallererst eines gesellschaftlichen Klimas, welches vor allem von Mitbestimmung und Demokratie, Hinschauen sowie der Wahrung von Menschenrechten geprägt ist. Aus Sicht der LINKEN ist es demnach unabdingbar, Demokratie und Zivilgesellschaft zu stärken und demokratische Werte und Normen zu verteidigen. DIE LINKE in Rheinland-Pfalz appelliert an alle demokratischen Kräfte dieses Landes, die gemeinsame Verantwortung im Kampf gegen Rechtsextremismus auch künftig wahrzunehmen und breite zivilgesellschaftliche antifaschistische Bündnisse auf allen Ebenen gegen jede Form von Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Rechtsextremismus zu bilden.

Aktionstage und andere Events können Menschen sensibilisieren, informieren und Impulse geben. Die dauerhafte Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Antisemitismus ist allerdings konkret und geschieht vor Ort – im Sport, in der Schule, im Gemeinderat. Und sie ist eine Auseinandersetzung nicht nur mit organisierten Rechtsextremen, sondern auch mit Alltagsrassismus und Vorurteilen. In den letzten Jahren ist die Sensibilisierung für diese Probleme gestiegen und viele Menschen engagieren sich gegen rechte Umtriebe. Der Bedarf kommunaler Akteure an Beratung durch ExpertInnen ist hoch. Das bedeutet letztendlich für DIE LINKE in Rheinland-Pfalz, den Strukturen, Vereinen und Organisationen, die sich dieser Aufgabe stellen, dauerhafte und verlässliche Rahmenbedingungen zu schaffen.

So müssen beispielsweise

- lokale antifaschistische Initiativen/Netzwerke unterstützt bzw. Initiativen und Netzwerke auf- und ausgebaut werden
- mit landesweiten Initiativen gegen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Islamophobie, Sexismus, Antisemitismus (Aktion Courage ...) und antifaschistischen Vereinigungen (VVN) zusammengearbeitet werden

Die Finanzierung von gewachsenen Strukturen und bewährten zivilgesellschaftlichen Modellen muss daher langfristig abgesichert werden und darüber hinaus bei der Bildung neuer Netze unterstützend wirken. Das Ziel antifaschistischer Politik in Rheinland-Pfalz sollte darin bestehen, durch vorausschauendes Handeln die Handlungsspielräume der rechtsextremen Szene einzuschränken bzw. aufzulösen sowie bestehende antifaschistische Strukturen zu initiieren und zu stärken.

Der Kampf gegen den Rechtsextremismus ist zugleich eine Herausforderung an alle DemokratInnen, die der Antifaschismus als Lehre aus der deutschen Geschichte verbindet. DIE LINKE in Rheinland-Pfalz tritt für die Aufnahme einer antifaschistischen Klausel in die Verfassung des Landes von Rheinland-Pfalz ein, wonach die Wiederbelebung faschistischen Gedankenguts für verfassungswidrig erklärt werden soll. Eine solche Klausel wäre ein deutliches Zeichen gegen Rassismus, Ausländerfeindlichkeit und Antisemitismus.

- DIE LINKE setzt sich für ein Verbot der NPD sowie aller anderen rechtsextremistischen und faschistischen Organisationen ein.
- Verbrechen auf Grund faschistischer Ideologie müssen stärker verfolgt werden. Besondere Trainings für Polizisten halten wir hier für erforderlich.
- Bedrohte Minderheiten und Opfer müssen besser beraten und vor rechten Übergriffen geschützt werden.

Demokratie braucht Meinungsfreiheit und Vielfalt !

Demokratie lebt von lebendiger Diskussion, konstruktivem Diskurs und freiem Meinungsaustausch. Die Informationsfreiheit in Deutschland ist jedoch durch fortschreitende Kommerzialisierung und eine anhaltende Medienkonzentration weniger Verleger und Konzerne massiv beeinträchtigt. Rentabilitätsdruck, Rationalisierungen und die Entfaltung wirtschaftlicher Macht gefährden die Fähigkeit zu einer unabhängigen Meinungs- und Willensbildung in Presse, Rundfunk und elektronischen Medien.

- DIE LINKE steht für den Erhalt des gebührenfinanzierten öffentlich-rechtlichen Rundfunks.
- öffentlich-rechtliche Medienangebote sind Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge und gehören zu den Länderaufgaben nach Grundgesetz. Die für den SWR und das ZDF durchzusetzende „Staatsferne“, ihre Unabhängigkeit von politischen Parteien, von kommerziellen Interessen und von weltanschaulich bestimmten „Pressure Groups“ und Organisationen darf nicht länger unterlaufen werden. Die Sender dürfen nicht in die Abhängigkeit von Werbeeinnahmen und anderer kommerzieller Quellen geraten. Deshalb muss auch die Aushöhlung des öffentlich-rechtlichen Programmauftrags durch Werbung und sogenanntes Sponsoring beendet werden. Die skandalöse Einmischung von Politikern bei der Wahl des ZDF-Chefredakteurs darf sich nicht wiederholen.

- DIE LINKE fordert eine Reform der Medienregulierung für Rheinland-Pfalz. Dazu zählen eine demokratische und basisnahe Neugestaltung der Aufsichts- und Verwaltungsgremien des Rundfunks sowie der Versammlung der Landeszentrale für Medien und Kommunikation und ihrer Organe.
- Künftig sollen aus Gebührengeldern finanzierte Inhalte auch im Internet jederzeit und dauerhaft für die Öffentlichkeit verfügbar sein.
- Das digitale Rundfunk- und Fernsehangebot soll in terrestrischer Ausstrahlung und in guter Qualität so schnell wie möglich überall im Land verfügbar sein.
- DIE LINKE fordert eine auskömmliche Entlohnung für alle Medienschaffenden, Tarifverträge sind einzuhalten und gleichermaßen für fest angestellte und freie MitarbeiterInnen anzuwenden. Alle Medienanbieter müssen sich an der Berufsausbildung beteiligen.
- DIE LINKE setzt sich für die Medienvielfalt, für eine kritische Öffentlichkeit und für einen allgemeinen, freien Zugang zu den Medien ein. Deren Nutzung muss unabhängig von Herkunft und Einkommen erfolgen können. Mitbestimmung durch Redaktionsstatute und öffentlich tagende Gremien, Bildungsangebote zur Stärkung der Vernetzungs- und Medienkompetenz und eine Kultur der informationellen Selbstbestimmung sind zentrale Ziele unserer Medienpolitik.

In der digitalen Welt ist die Freiheit des Wissens zu verteidigen. Offene und freie Systeme wie das Internet, Open Source und freie Software, aber auch freie Medien wie Bürgerfunk, Offene Kanäle und drahtlose Bürgernetze können als Plattformen zur freien Selbstorganisation, zur Umgehung von Konzernzwängen und Meinungsmacht genutzt werden. Wir lehnen Internetsperren durch Zugangsanbieter und staatliche Stellen grundsätzlich ab. Zudem wollen wir dafür sorgen, dass alle Regionen von Rheinland-Pfalz schnellstmöglich mit finanziell erschwinglichen schnellen Online-Zugängen versorgt werden.

DIE LINKE fordert die Einrichtung einer Landesstelle zur anonymen und geschützten Entgegennahme von sogenannten Whistleblowing-Informationen. Menschen, die illegales Handeln, Missstände oder Gefahren für Mensch und Umwelt in Unternehmen, Dienststellen oder Organisationen nicht länger schweigend hinnehmen, sondern aufdecken, müssen unterstützt und wirksam geschützt werden.

Zugang zu Medien und Kultur für alle ermöglichen !

Kulturpolitik in Rheinland-Pfalz muss dafür Sorge tragen, dass die großen Kultureinrichtungen wie Staats- und Landesorchester, Schauspielhäuser und Theater und Museen erhalten bleiben. Kommunen neigen dazu bei finanziellen Engpässen kulturelle Einrichtungen und Institutionen zu schließen. Der kulturelle Kahlschlag muss gestoppt werden. Die großen Einrichtungen müssen erhalten, aber auch ehrenamtliche Kulturvereine und -initiativen vernetzt und unterstützt werden. Sie alle tragen zum kulturellen Reichtum bei.

Kulturpolitik ist für uns auch Gesellschaftspolitik. Sie umfasst alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens, die Freizeit ebenso wie die Arbeitswelt. Kulturpolitik ist auch Friedenspolitik, da durch interkulturelle Aktivitäten Vorurteile abgebaut und gegenseitiges Verständnis aufgebaut werden kann. Kultur- und Sportvereine leisten einen unverzichtbaren Integrationsbeitrag und fördern das gesellschaftliche Miteinander.

Das heißt für unsere praktische Arbeit im Landtag:

- DIE LINKE wird sich dafür stark machen, dass auf Landesebene alle Mittel zur Förderung von gesellschaftlich integrativ arbeitenden Interessengemeinschaften, Organisationen und Vereinen ausgeschöpft werden.

Die soziale Situation von Künstlerinnen und Künstlern ist oft dramatisch bis ausweglos. Wenn wir eine vielfältige Landschaft in Kunst und Kultur schaffen und erhalten wollen, muss die öffentliche Hand unterstützend eingreifen.

- Die bestehende Künstlersozialkasse ist auszubauen. Kürzungen bei der landespolitischen Filmförderung lehnen wir ab. Insbesondere nicht kommerziell konzipierte Filme können in der Regel ohne öffentliche Gelder nicht realisiert werden.

- Auch die traditionellen Kurzfilmfestivals in Rheinland-Pfalz müssen weiterhin mit öffentlichen Geldern gefördert werden. In den Volkshochschulen als auch in den öffentlichen Bibliotheken sollen verstärkt auch fremdländische Literatur, Filme und Hörspielbücher angeboten werden, ebenso kostenfreie Selbstlernzentren, insbesondere für das Selbstlernen anderer Sprachen.

Neben der kulturellen Vielfalt liegt uns auch die Förderung des Breiten- und Freizeitsportes als Teil der Kultur vor Ort und des öffentlichen Lebens in Kommunen und Gemeinden am Herzen. DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass der Breiten- und Freizeitsport in seiner Vielfalt erhalten und zusätzlich gefördert wird. Dazu gehören u.a. die Reaktivierung kommunaler Trimm-Dich-Pfade, der Erhalt der öffentlichen Schwimmbäder und Sportstätten und die Förderung gemeinnütziger Sportvereine. DIE LINKE wird sich für die Erhöhung der Übungsleiterpauschale einsetzen, um das sportliche Ehrenamt in den Vereinen attraktiver zu gestalten. Darüber hinaus setzen wir uns für verbesserte und nicht kommerzielle Sport- und Bewegungsmöglichkeiten für Menschen mit Behinderung, SeniorInnen sowie Kindern und Jugendlichen ein. Die Kosten für die Verbesserung des öffentlichen Breiten- und Freizeitsportbereichs sollen teilweise bei der rheinland-pfälzischen Hochleistungsportförderung zugunsten eines Sports für alle eingespart werden.

Internet und digitale Gesellschaft !

Zugang zur Wissensproduktion, Einsatz und Auswahl von Informationen entscheiden darüber, von wem und wie die Netzwerke digitaler Kommunikation künftig beherrscht werden. Der Zugang zu Information sowie deren Aneignungsformen berühren Grundfragen demokratischer Beteiligung. Transparenz, Partizipation und Chancengleichheit sind für uns handlungsleitende Grundsätze.

Daher fordert DIE LINKE einen freien und kostenlosen barrierefreien Internetzugang in Schulen, Universitäten, Rathäusern und Bibliotheken.

Verfügbarkeit von digitalen Informations- und Kommunikationstechnologien ist auch in Rheinland-Pfalz nach Region ungleich verteilt. Dies führt zu einer Spaltung der Gesellschaft, die es in einer Demokratie nicht geben darf. Sie wird auch zum Standortnachteil für Wirtschaftsunternehmen.

DIE LINKE fordert daher,

- die Infrastruktur für ein bezahlbares „Breitband-Internet für alle“ in RLP so schnell wie möglich bereitzustellen
- die Unterstützung von Initiativen, die sozial- und generationengerechte Zugangsmöglichkeiten entwickeln

Die Bildung eines kritischen Verstandes und die Fähigkeit, Realität und Fiktion zu unterscheiden, ist Voraussetzung einer zeitgemäßen Mediensozialisation. Kinder und Jugendliche, aber auch Eltern sind gefordert, sich in digitalen Medien selbstbestimmt zu orientieren und den Umgang mit Gefahren und schädlichen Inhalten zu erlernen. Die Vermittlung von Medienkompetenz gehört in die Ausbildungsinhalte von ErzieherInnen, LehrerInnen und SozialpädagogInnen.

DIE LINKE fordert daher,

- die Förderung und Schulung von Medienkompetenz in Rheinland-Pfalz institutionell zu verankern
- mehr öffentliche Gelder für die Vermittlung von Medienkompetenzen in Schulen, Universitäten und Ausbildungseinrichtungen und
- barrierefreie Internetzugänge in allen Bildungseinrichtungen

Infrastruktur und Umwelt

Für eine linke Verkehrspolitik, die die menschliche Mobilität in den Mittelpunkt einer ökologischen und nachhaltigen Zukunftsentwicklung stellt, ist der ÖPNV (öffentliche Personennahverkehr) in allen seinen Ausprägungen und Facetten der Verkehrsträger Nr. 1 der Zukunft.

Darum fordern wir:

- einen sofortigen Stopp aller unsinnigen und vor allen Dingen sehr kostspieligen Großprojekte wie z. B. dem Hochmoselübergang, dem Lückenschluss der A 1 in der Eifel, der Bienwaldautobahn, einer feste Rheinquerung bei St. Goar
- einen Stopp des weiteren sechsspurigen Ausbaus des rheinland-pfälzischen Autobahnnetzes
- einen Stopp des weiteren Ausbaus der Landes-Flughäfen – auch und vor allem wegen zurückgehender Fluggastzahlen. Kein Nachtflug auf dem „Hahn“, auch nicht für den Frankfurter Flughafen
- Ausweitung des Schienennetzes für Personen- und Güterverkehr, einen Stopp des weiteren Rückbaus der Eisenbahninfrastruktur im Land
- die Schaffung von infrastrukturellen Grundlagen – kein weiterer Verkauf von bahnaffinen Immobilien
- Elektrifizierung aller durch RLP gehenden Bahnstrecken
- Entlastungsstrecken für die durch den permanenten Bahnlärm geplagten BürgerInnen im Mittelrheintal
- kurzfristig die Anwendung aller vorhandenen technischen Möglichkeiten beim Fahrweg und bei Lokomotiven und Waggons, um die Lärmsituation auch allgemein für alle Bahnanlieger zu verbessern
- Sicherstellung eines Bahn gestützten Fernverkehrsangebotes in der Fläche, das sich am Angebot zu Beginn der 90er-Jahre orientiert
- eine Fahrzeugentwicklung, die sich an den Bedürfnissen der Fahrgäste orientiert und nicht an den Gewinnzielen des Verkehrsunternehmens
- eine Lkw-Maut ab 7,5 t und eine Erhöhung der Maut nach österreichischem Maßstab
- ein befristetes Programm, welches in einem Zeitraum von 5 Jahren die Barrierefreiheit aller ÖPNV-Zu- und Abgänge sicherstellt
- Einführung eines landesweiten Sozialtickets
- verstärkter Mitteleinsatz zur Bestandserhaltung des Straßennetzes; kein Ausbau des ohnehin schon dichten Straßennetzes

Den Öffentlichen Personennahverkehr ausbauen !

Mobilität ist eine zentrale Voraussetzung für das wirtschaftliche und öffentliche Leben. Wer auf fossile Brennstoffe als Energieträger setzt, erhebt Mobilität zum Privileg für Besserverdienende, denn gerade untere und mittlere Einkommensschichten sind auf öffentliche Verkehrsmittel angewiesen.

Die Landesregierungen der letzten Jahrzehnte haben es verpasst, den ÖPNV in Rheinland-Pfalz entsprechend auszubauen. Schienennetze wurden stillgelegt, Buslinien privatisiert und den Profitinteressen der Unternehmer unterworfen. DIE LINKE setzt sich dem gegenüber für einen Ausbau des öffentlichen Nah-, Regional- und Fernverkehrs in Rheinland-Pfalz ein. Neue Strecken müssen gebaut, alte modernisiert und Fahrzeuge auf den neuesten Stand der Technik gebracht werden. Dies soll im Rahmen des Zukunftsinvestitionsprogramms erfolgen.

Der öffentliche Verkehr erfordert eine öffentliche und intelligente Verkehrsplanung. Bahn und regionale Verkehrsbetriebe sind nicht nur Dienstleister für die Gesellschaft, sondern Arbeitsplatz für viele Menschen.

- Deswegen lehnt DIE LINKE jegliche Form der Privatisierung ab und fordert gute Löhne und Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten.

- DIE LINKE will Mobilität für alle bezahlbar gewährleisten. Dazu gehören auch die MittelrhEIFähren – konsequent in öffentlicher Hand.

- Um allen Menschen einen gleichberechtigten Zugang zu Mobilität zu ermöglichen, setzt sich DIE LINKE für das Sozialticket in Rheinland-Pfalz ein.

DIE LINKE arbeitet für den Erhalt und die Verbesserung der Infrastruktur in ländlichen Regionen. Die Nöte der dort lebenden Menschen wie Mangel an Arbeitsplätzen, Rückgang des Handels und unzureichender öffentlicher Nahverkehr erfordern andere Konzepte als die der Landesregierung: Diese richtet Millioneninvestitionen und laufende Subventionen in der Region fast ausschließlich an Großprojekten wie dem Flughafen Hahn aus – Geld, mit dem man flächendeckend für eine gute Infrastruktur sowie einen funktionierenden Öffentlichen Personenverkehr sorgen könnte.

Das ansteigende Volumen des Flugverkehrs entlastet offenkundig weder die Straße noch die mit immer mehr Güterzügen überlasteten Rheinstrecken in Rheinland-Pfalz und auch nicht die von Zigtausenden Berufspendlern aus Rheinland-Pfalz angesteuerte Rhein-Main-Region mit dem Großflughafen Frankfurt und dem Fluglärm über der Landeshauptstadt Mainz. Diese unerhörte Zunahme an Flügen ist nur zum Teil die Folge spottbilliger Flugreisen. Hinzu kommen die militärische Nutzung sowie die Cargoflüge, durch die Güter zur bestmöglichen Ausschöpfung weltweiter Standortvorteile rund um den Globus befördert werden, bevor sie beim Verbraucher ankommen. Auch unter dem Gesichtspunkt der Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung könnten die bislang für den Hahn aufgewendeten Mittel weit sinnvoller eingesetzt werden. Der Flughafen Hahn darf nicht weiter zu Lasten der Einwohner der Region und zu Lasten der Steuerzahler in Rheinland-Pfalz ausgebaut werden. Das Flugaufkommen ist zu reduzieren und die Subventionen sind zum Ausbau der wirtschaftlichen Infrastruktur der Region, insbesondere für eine Förderung von nachhaltigem Tourismus und den Wiederaufbau wohnortnahen Einzelhandels zu nutzen. Der Ausstieg aus dem Hahn soll schrittweise vorgenommen werden, um den damit verbundenen Arbeitsplatzabbau auf dem Hahn mit dem Ausbau einer kleinteiligeren und umweltschonenden wirtschaftlichen Infrastruktur kompensieren zu können.

Als erste Schritte fordern wir:

- Keine militärische Nutzung des Flughafens Hahn!

- Nachtflugverbot von 22 bis 7 Uhr

- Die Einbeziehung der Bevölkerung in der Region bei allen grundlegenden Entscheidungen, die den Flughafen sowie die Infrastruktur betreffen.

DIE LINKE meint es ernst mit einem ökologischen Umbau des Verkehrssystems. „Global denken, lokal handeln!“ muss auch für Rheinland-Pfalz Gültigkeit haben. Durch den Flughafen Hahn wird ein nicht nachhaltiger Massentourismus in fernen Regionen gefördert, auf Kosten der Tourismusförderung in der Region selbst. Straßenbau, Lärm und Luftverschmutzung zerstören die ursprüngliche Attraktivität der Landschaft und setzen die Menschen gesundheitlichen Belastungen aus.

DIE LINKE setzt sich für die Bewahrung des UNESCO Weltkulturerbes „Oberes Mittelrheintal“ ein und für den Erhalt und Ausbau der Rheinfähren zwischen Koblenz und Mainz.

Den geplanten Hochmoselübergang lehnt DIE LINKE als Teil einer verfehlten Verkehrspolitik ab. Die seit Jahrhunderten von traditionellem Weinbau geprägte Flusslandschaft mit den geologisch empfindlichen Steillagen ist unwiederbringliches Natur- und Kulturerbe und gehört zu den einzigartigen Schätzen von Rheinland-Pfalz. Diese dürfen nicht einer rücksichtslosen, von einseitigen Interessen getriebenen Förderung ökologisch nachteiliger Fernverkehrsstrukturen geopfert werden.

Darüber hinaus wird sich DIE LINKE für eine Intensivierung der Bemühungen, den Bahnlärm im Mittelrheintal durch eine Geschwindigkeitsbegrenzung und technische Verbesserungen der Züge sowie durch Lärmschutzwälle deutlich zu minimieren, einsetzen. Effektive und moderne Lärmschutzmaßnahmen dienen in erster Linie einer Verbesserung der Lebensqualität der Anwohner, fördern aber auch die Weltkulturlandschaft und den Tourismus.

Nachhaltiger Tourismus für Rheinland-Pfalz !

Die Tourismusbranche in Deutschland und gerade auch in Rheinland-Pfalz ist abhängig von einer intakten Umwelt. Sieht man sich die Schwerpunkte des rheinland-pfälzischen Tourismusgewerbes an, so wird dies besonders deutlich. Diese sind vor allem der Weintourismus, der Wander- und Fahrradtourismus sowie der Wassertourismus an Rhein und Mosel. Um diese langfristig erhalten zu können, schreibt sich DIE LINKE die Förderung des sanften Tourismus auf ihre Fahne. Die gleichzeitige Analyse und Ermahnung Enzensbergers: „Der Tourismus zerstört das, was er sucht, indem er es findet“ darf sich nicht in Rheinland-Pfalz bewahrheiten. Darüber hinaus lehnt DIE LINKE die forcierte Ansiedlung industrieller Tourismusfabriken, wie beispielsweise im Landkreis Cochem-Zell geplant, entschieden ab. Diese Projekte gefährden schon heute in erheblichem Maße eine verträgliche soziale und ökologische Entwicklung der Tourismusbranche dieser Regionen, machen Kommunen erpressbar und schaffen vermehrt prekäre Beschäftigungsverhältnisse.

In Rheinland-Pfalz werden derzeit immer wieder touristische Großprojekte auf Landes- und Kommunalebene als Heilsbringer gefeiert und entpuppen sich doch stets als Büchse der Pandora. Es wird versprochen, dass durch sie regionale Arbeitsplätze entstehen, mehr Geld in die Taschen der Menschen vor Ort fließt und die Region gestärkt würde. Doch dies ist ein Trugschluss, wie nicht nur das Projekt „Grüne Hölle“ am Nürburgring beweist. Denn die hauptsächlichen Charakteristika solcher Projekte sind nicht die ihrer Verheißungen, sondern in erster Linie Zerstörung großer Umweltflächen aufgrund ihres Platzbedarfes, das Ausaugen der Wertschöpfung aus der umliegenden Region und damit die Zerstörung des organisch gewachsenen touristischen Familienbetriebes und des Mittelstandes.

DIE LINKE fordert deswegen:

- Es dürfen nur touristische Projekte gefördert werden, die ökologisch nachhaltig sind und sich in die wirtschaftlichen und kulturellen Gegebenheiten einfügen.
- Sie dürfen der Natur nicht schaden und sollen so wenig wie möglich auf die bereiste Natur einwirken.
- Sie dürfen die kulturellen Gegebenheiten der Region nicht gefährden.
- Touristische Großprojekte sind in der Regel abzulehnen, weil sie die Natur, die Kultur, die Mittelstands- und Familienbetriebe der Regionen zerstören.

DIE LINKE setzt sich für einen naturnahen und sanften Tourismus ein. Zwischen den großen Zentren Ruhrpott und Rhein-Main-Gebiet bietet sich die rheinland-pfälzische Kulturlandschaft als ideales Naherholungsgebiet an. Dieses touristische Potenzial gilt es zu fördern und auszubauen, da dadurch viele neue Arbeitsplätze vor allem in den ländlichen Regionen entstehen können.

Steuerverschwendung am Nürburgring stoppen !

Der Nürburgring ist ein Musterbeispiel für die Verschwendung von Steuergeldern. 350 Millionen Euro sind dafür ausgegeben worden, ohne dass ein Konzept vorliegt, mit dem sich der Nürburgring finanziell selbst trägt. Es müssen Alternativen entwickelt werden, in welcher Weise der Nürburgring in Zukunft genutzt werden kann, ohne dass damit der Landeshaushalt enorm belastet wird.

- DIE LINKE in Rheinland-Pfalz fordert, dass keine Landesgelder in die Privatfinanzierung in den Nürburgring investiert werden.
- Die Landesregierung muss ein ganzheitliches raumplanerisches Konzept für die Eifel und den Nürburgring erstellen.

Gleichwertige Lebensverhältnisse in Rheinland-Pfalz schaffen !

Die Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse in ganz Deutschland ist Verfassungsauftrag. Das Land Rheinland-Pfalz ist durch ein deutliches soziales, wirtschaftliches und strukturelles Ost-West-Gefälle gekennzeichnet. Während die Regionen am Rhein – insbesondere um Ludwigshafen, Mainz und Koblenz, wo der größte Teil des rheinland-pfälzischen BIP erwirtschaftet wird – boomen und vielversprechende wirtschaftliche Entwicklungspotenziale haben, sind die Regionen in der Pfalz, dem

Hunsrück und der Eifel von dieser Entwicklung abgeschnitten. Die Landesregierungen der letzten Jahre haben es versäumt, auf den Wandel in der Wirtschaft eine strukturpolitische Antwort zu geben. Sowohl in der Verkehrspolitik als auch in der regionalen Strukturpolitik wird dies sichtbar. Der Landesentwicklungsplan für Rheinland-Pfalz ist ein Dokument des Scheiterns und der Arbeitsverweigerung. Es ist Aufgabe der Politik, den Strukturwandel politisch zu gestalten.

DIE LINKE ist die einzige Partei, die sich für die soziale und wirtschaftliche Teilhabe aller Menschen einsetzt. Deswegen wollen wir uns dafür einsetzen, dass die Landespolitik Schwerpunktcluster in den strukturschwachen Regionen fördert und die Ansiedlung neuer Technologien u.a. im Bereich der ökologischen Landwirtschaft sowie der erneuerbaren Energien unterstützt.

Hierfür steht die gesamte Palette der Wirtschaftsförderung zur Verfügung: Subventionen, Gründung von öffentlichen Forschungseinrichtungen und Fachhochschulen in den Schwerpunktclustern, Forschungs- und Technologieförderung sowie die Schaffung von Infrastruktur.

Ökologie und Soziales verbinden !

Seit einigen Jahrzehnten reift das Bewusstsein, dass die Ressourcen endlich sind, aus denen der Mensch schöpft. Trotzdem wird jeder Daseinsbereich immer systematischer auf Verwertbarkeit überprüft. Es scheint, dass Gewinnsteigerung über alles geht. Die Natur, Grundlage allen Lebens, wird dabei ebenso rücksichtslos geplündert und aufs Spiel gesetzt, wie die Menschen selbst.

Die Aussicht auf Schaffung oder Erhalt von Arbeitsplätzen ist dabei regelmäßig vor allem ein Mittel, um einen Teil der lohnabhängigen Bevölkerung unter Druck zu setzen oder gar zu erpressen, um so den Widerstand gegen immer weitere Profitmaximierung und weiteren Raubbau an der Natur zu erschweren. Wirtschaftswachstum muss umweltverträglich sein und jeder muss von ihm profitieren können. Diese zwei Aspekte zusammen zu denken ist unser Ziel.

Erhalt, Pflege und die Wiederherstellung unserer natürlichen Lebensgrundlagen sind in der Politik ebenso wichtig wie Solidarität und soziale Gerechtigkeit. Umweltpolitik ohne sozialpolitischen Bezug ist nicht sinnvoll. Neue Technologien müssen jedem zur Verfügung stehen und nicht nur den Reichen und Wohlhabenden zugänglich sein. Der neueste Kühlschrank und das sparsamste Auto sind heute nur für Menschen mit hohem Einkommen zugänglich. Eine starke Umweltpolitik muss daher immer auch mit Streben nach sozialer Gerechtigkeit verbunden sein.

Unser Bundesland hat eine vielfältige Naturlandschaft, die es nicht nur aus ökologischen, sondern auch aus ökonomischen Gründen zu schützen gilt. Für DIE LINKE sind der Schutz der Umwelt sowie der Einsatz für eine nachhaltige und gerechte Nutzung der Ressourcen untrennbar verbunden mit dem Kampf für soziale Gerechtigkeit. Umwelt- und Naturschutz kann nur mit den Menschen, nicht gegen sie gelingen. Aus diesem Grunde setzt sich DIE LINKE für die Verbindung von Umweltschutz, Wirtschaftspolitik und sozialer Gerechtigkeit ein.

Linke Umweltpolitik – demokratisch und sozial

Kernforderungen der LINKEN sind:

- Sofortiger Ausstieg aus der Atomenergie
- Verstärkte Förderung der Forschung im Bereich der erneuerbaren Energien
- Keine neuen Kohlekraftwerke
- Konsequente Förderung der privaten und genossenschaftlichen Investitionen in erneuerbare Energien – hier auch die Verstromung von Biogas aus Biomüll
- Förderung der energetischen Sanierung von Gebäuden
- Einführung eines Sozialtarifs für Strom und Gas

Land- und Forstwirtschaft spielen in Rheinland-Pfalz u.a. auch eine Rolle beim Erhalt der Kulturlandschaft. Aber Land- und Forstwirtschaft muss für die Landwirte auch auskömmlich sein.

Die LINKE setzt sich ein für die:

- Förderung von Betrieben und Genossenschaften des Biolandbaues
- Förderung der regionalen Vermarktung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse z.B. durch Genossenschaften
- Förderung einer regionalen nachhaltigen Landwirtschaft und einer artgerechten Tierhaltung.
- Förderung der Züchtung und Haltung von gefährdeten Nutz- und Haustierrassen sowie „alter“ Obst- und Gemüsesorten

Darüber hinaus sind regionale Wirtschaftskreisläufe zu fördern und eine dezentrale Produktionsweise zu unterstützen.

DIE LINKE setzt sich dafür ein,

- dass den Beschäftigten in der Landwirtschaft ein ausreichendes Einkommen garantiert wird
- dass Tiertransporte so weit wie möglich eingeschränkt werden
- dass faire Milchpreise für die Erzeuger durchgesetzt werden
- dass eine nachhaltige und ökologische Bewirtschaftung des Forstes ohne Personalabbau in den Forstbehörden gefördert wird und
- bodenschonende Abbaumethoden angewendet werden

Nur so kann hohe Qualität landwirtschaftlicher Güter garantiert und kommenden Generationen eine intakte Umwelt übergeben werden.

Zu einer intakten Umwelt gehören außerdem die Wald- und Wiesenflächen in Rheinland-Pfalz. Da die rheinland-pfälzische Landesfläche zu 42% mit Wald bedeckt ist, muss auch dieser vor ökonomischen Interessen und weiteren großflächigen Versiegelungen geschützt werden. DIE LINKE wird sich für den Schutz, den Erhalt und für eine naturnahe und nachhaltige Bewirtschaftung der großen heimischen Wälder einsetzen. Soonwald, Pfälzerwald und Westerwald gehören zur rheinland-pfälzischen Kulturlandschaft und sind von enormer Bedeutung für viele heimische Tiere und Pflanzen.

Tierschutz: Für Verbandsklagerecht, gegen Tierversuche !

Die Gestaltung des ländlichen Raums, die Förderung von Regional- und Kreislaufwirtschaft, würdige Arbeitsplatzbedingungen, ökologischer Landbau und der nachhaltige Schutz von Wild-, Nutz- und Haustieren muss durch eine Änderung im Werte- und Rechtssystem erreicht werden. Dies bedingt vor allem eine Umkehr der bisherigen Subventionspolitik hin zur Förderung artgerechter Tierhaltung.

DIE LINKE setzt sich für das Verbandsklagerecht für anerkannte Tierschutzvereine ein.

Nur mit diesem Recht kann gegen Tierschutzverstöße auch aufgrund wirtschaftlicher oder wissenschaftlicher Interessen mit der Aussicht auf Erfolg geklagt werden. DIE LINKE bringt einen entsprechenden Antrag in den Landtag ein.

Verbraucherschutz ausbauen !

Der Verbraucherschutz muss einen höheren Stellenwert bekommen. Dazu müssen die Menschen in Rheinland-Pfalz einen Zugang zu neutralen Informationen und Beratung erhalten. Der Nachweis gesundheitlicher Unbedenklichkeit muss vom Produkthersteller durch unabhängige Institute erbracht werden. Die Lebensmittelkennzeichnung muss für Verbraucher transparent und verständlich sein.

DIE LINKE fordert:

- unregelmäßige, unangekündigte Kontrollbesuche in den lebensmittelverarbeitenden und -produzierenden Unternehmen,
- transparente und verständliche Lebensmittelkennzeichnung und
- ein Verbot von Geschmacksverstärkern in Kindernahrung und von hormonell wirksamen Chemikalien in Lebensmitteln

Finanzen und Steuern

Für eine gerechte Finanzpolitik mit Zukunft: Einnahmen erhöhen statt Ausgaben kürzen !

DIE LINKE will eine solide Finanzpolitik. Wir werden eine weitere Staatsverschuldung nicht aufhalten können, erst recht nicht, wenn Bund, Land und Kommunen in der Krise sparen und somit die Binnenwirtschaft abwürgen. Die Krise der öffentlichen Finanzen ist hausgemacht. Die breite Bevölkerung hat nicht über ihre Verhältnisse gelebt. Die öffentlichen Kassen wurden durch Steuergeschenke geplündert und Wachstum wegen fehlender öffentlicher Investitionen und Umverteilung von unten nach oben geschwächt.

Die Etats der Länder sind im Durchschnitt zu einem hohen Prozentanteil durch Schuldendienst und Finanzausgleich bestimmt. Alle anderen Parteien versuchen daher erfolglos, Staatsverschuldung durch Privatisierung und Kürzungen im Sozialbereich abzubauen. Die wichtigen Einnahmequellen für Länder, wie die im internationalen Vergleich viel zu geringen Vermögens- und Erbschaftssteuern sowie die Einkommens- und Unternehmenssteuern, wurden jedoch systematisch geschwächt.

Wir gehen einen anderen Weg: DIE LINKE will eine Erhöhung der Einnahmen statt eine Kürzung der Ausgaben und Investitionen. Daher fordern wir eine Bundesratsinitiative für die höhere Besteuerung großer Einkommen, Erbschaften und Vermögen. Eine Steuer von fünf Prozent auf Vermögen über eine Million Euro brächte 3,5 Milliarden Euro jährlicher Einnahmen für Rheinland-Pfalz. Wir wollen den Spitzensteuersatz wieder auf 53 Prozent wie unter der Regierung Kohl anheben - jedoch bei deutlicher Entlastung kleiner und mittlerer Einkommen. Damit die Kommunen ihre Aufgaben wieder wahrnehmen können, fordern wir die Einführung einer Gemeindefinanzsteuer. Um die Spekulationen an den Finanzmärkten zu unterbinden und Finanzhaie zur Kasse zu bitten, müssen eine Börsenumsatz- sowie eine Finanztransaktionssteuer eingeführt werden.

Solange das Land Rheinland-Pfalz nicht über solide Einnahmen für die Wahrnehmung staatlicher Aufgaben verfügt, sprechen wir uns für die Aufnahme weiterer Kredite aus, um Investitionen zu tätigen und die Wirtschaft zu stabilisieren. Einer kurzfristigen höheren Verschuldung der öffentlichen Hand wird mittel- und langfristig durch die von uns geforderten Veränderungen bei den Steuergesetzen entgegengewirkt. Kürzungen in den Bereichen Soziales und Umwelt wird es mit uns nicht geben, ebenso wenig den Abbau öffentlicher Infrastruktur oder Personalabbau im öffentlichen Dienst. Grundlage unserer Finanzpolitik ist die bedingungslose Ablehnung der Privatisierung öffentlichen Eigentums. Wenn der Finanzminister „Sparen“ sagt, dann meint er Kürzen. Kürzungen bei den öffentlichen Ausgaben sind ein Irrweg, den es zu stoppen und umzukehren gilt.

Die staatlichen Handlungsmöglichkeiten werden aber nicht nur von der „Großen Koalition des Sozialabbaus“ aller anderen Parteien auf der Bundesebene, sondern auch konkret in Rheinland-Pfalz selbst eingeschränkt. So gibt es Initiativen der Landesregierung, die sogenannte Jagdsteuer abzuschaffen. Gerade die Jagdsteuer ist eine Steuererhebung, die überwiegend wohlhabendere Bürger trifft und den Kommunen zugute kommt. Eine Abschaffung dieser Steuer würde erheblich in die Autonomie der kommunalen Selbstverwaltung eingreifen und wiederum nur Reiche bevorzugen.

Die vom Bund und den Ländern beschlossene Schuldenbremse ist eine Wachstumsbremse. Rheinland-Pfalz müsste seine Ausgaben jährlich um mindestens 0,5 Prozent verringern, um die Schuldenbremse bis 2020 zu erfüllen. Dies entspricht Kürzungen von 163 Millionen Euro allein in 2010. Eine Stabilisierungswirkung für die öffentlichen Haushalte ist illusorisch. Tatsächlich wird die Schuldenbremse Nachfrage, Wachstum und Steuereinnahmen senken.

Daher fordert DIE LINKE:

- die Stabilisierung und Regulierung der Finanzpolitik
- eine Erhöhung der Einnahmen statt einer Kürzung der Ausgaben und Investitionen
- Privatisierung stoppen und Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge kontrollieren und rekommunalisieren
- eine Bundesratsinitiative für die höhere Besteuerung großer Einkommen, Erbschaften und Vermögen
- eine Börsenumsatz- sowie eine Finanztransaktionssteuer
- dass alle deutschen Staatsangehörigen unbeschränkt steuerpflichtig sind – gleich in welchem Staat sie leben
- Beibehaltung der Jagdsteuer
- die Schuldenbremse abzuschaffen und endlich durch eine sozial und wirtschaftspolitisch verantwortungsvolle Steuerpolitik die Einnahmen zu erhöhen, um in Arbeit, Bildung und öffentliche Infrastruktur zu investieren
- nachweisliche Steuerverschwendung muss haftbar gemacht werden
- den Konsolidierungsplan der Regierung zu stoppen

Kurzfristige Maßnahmen für Rheinland-Pfalz!

Obwohl die Richtlinienkompetenz in der Finanzpolitik beim Bund liegt, können auch kurz- bis mittelfristig erste Maßnahmen auf Landesebene ergriffen werden. Der Personalbestand der Finanzbehörden liegt deutlich unter ihrem Bedarf. So kommt es zu einem ungleichmäßigen Vollzug der Steuergesetze, der sich auch in einem deutlichen Nord-Süd-Gefälle zwischen den Bundesländern ausdrückt. Das ist verfassungswidrig. Ein zusätzlicher Betriebsprüfer bringt dem Fiskus im Durchschnitt eine Million Euro jährlich. DIE LINKE fordert deshalb die Personalausgaben der Länder für die Steuerverwaltung beim Länderfinanzausgleich besonders zu berücksichtigen. Das soll sicherstellen, dass Länder mit besserer Personalausstattung nicht auch noch für ihr Bemühen um Mehreinnahmen und um eine wirksamere Durchsetzung der Steuergesetze bestraft werden. Dazu muss die Ausstattung der Betriebsprüfung personell und technisch verbessert werden.

Unsere Sparkassen und Genossenschaftsbanken haben sich in der Krise im Unterschied zu privaten Banken und Landesbanken mit ihrem soliden regionalen Geschäftsmodell behauptet. Vertikale Fusionen im Bereich des staatlichen Bankensektors lehnen wir ab. DIE LINKE will Geschäfts- und Landesbanken über der kommunalen Ebene langfristig in Regional-Sparkassen überführen, die sich auf ihre Kernfunktion beschränken und größere Investitionsvorhaben finanzieren. Die Kernfunktionen sind Zahlungsverkehr, Einlagensicherung und Finanzierung sinnvoller Investitionen der realen Wirtschaft. Auf diese Weise kann eine auf regionale Erfordernisse und insbesondere kleine und mittelständische Firmen ausgerichtete Innovations- und Strukturpolitik betrieben werden.

Wir wenden uns gegen jegliche Versuche, die Sparkassen zu privatisieren. Die Sparkassen müssen darauf verpflichtet werden, jedem Bürger ein kostenloses Girokonto zur Verfügung zu stellen. Derzeit bekommen ausgerechnet die Ärmsten kein Girokonto, und wenn doch, belasten die Kontoführungsgebühren ihren Geldbeutel.

Nicht zuletzt kann eine solide Finanzpolitik auf Landesebene mit einer sinnvollen Struktur- und Wirtschaftspolitik verbunden werden, wenn man das Geld, das man gegenwärtig in sinnlose Projekte wie den Nürburgring oder die Hochmoselbrücke steckt, in Bildung, Umwelt und technologische Innovationen investiert.

DIE LINKE fordert daher:

- eine bessere personelle und technische Ausstattung der Betriebsprüfung

- keine vertikalen Fusionen im staatlichen Bankensektor
- langfristig die Überführung von Landes- und Geschäftsbanken in Regional-Sparkassen
- keine Privatisierung der Sparkassen
- kostenlose Girokonten für alle BürgerInnen
- keine spekulativen Großprojekte wie Nürburgring, Mittelrhein- oder Hochmoselbrücke
- Investitionen in Bildung, Umwelt oder technologische Innovationen

Kommunen in Not – Gemeindefinanzreform dringend notwendig!

2009 hatten Bund, Länder und Kommunen erhebliche Steuerverluste. Den stärksten Einbruch ihrer Steuereinnahmen – um gut 10 Prozent – mussten die Kommunen hinnehmen. Das Minus betrug 7,1 Milliarden Euro. Besonders stark stürzten dabei die Gewerbesteuererinnahmen ab, um 17,4 Prozent. Viele Städte erlitten dramatische Einnahmeverluste von mehr als 40 Prozent.

DIE LINKE fordert zur Stärkung der Kommunalfinanzen folgende Soforthilfen:

- Kompensationen für die Steuerausfälle, die den Kommunen durch das schwarz-gelbe Wachstumsbeschleunigungsgesetz entstanden sind
- Sofortige Abschaffung der Gewerbesteuerumlage an den Bund, damit den Kommunen mehr von ihren eigenen Einnahmen auch zur Verfügung steht
- kommunale Investitionspauschale von 15 Milliarden Euro jährlich aus Bundesmitteln
- Entschuldungsfonds für strukturschwache Kommunen und Zinsmoratorien

Die folgenden mittel- und langfristigen Maßnahmen sind notwendig:

- Die Gewerbesteuer soll zur Gemeindefinanzsteuer weiterentwickelt werden. Die Gewerbesteuer ist die wichtigste, weil ergiebigste Einnahmequelle der Kommunen. Ihre Erweiterung zur Gemeindefinanzsteuer erbringt mehr dauerhafte, verlässliche und deutlich höhere Einnahmen für die Kommunen. Alle unternehmerisch Tätigen sind hierzu steuerlich einzubeziehen und die Bemessungsgrundlage auszuweiten. Zudem müssen Gemeinden vollends über ihre Einnahmen aus der Gewerbesteuer verfügen können, wozu die Umlage an die Länder bis 2013 schrittweise abzubauen ist.
- Aufgaben sollen nur bei angemessener Finanzausstattung an Kommunen und mit deren Zustimmung übertragen werden können. Eine weitere Voraussetzung ist die gesicherte Finanzierung der unmittelbaren Kosten und der Folgekosten (strikte Konnexität).
- Der Bund soll angemessen an der Finanzierung gesamtstaatlicher Aufgaben beteiligt werden. Auf der kommunalen Ausgabenseite muss der Bund stärker als bisher finanzielle Verantwortung übernehmen. Der Anteil des Bundes an der Finanzierung der Kosten der Unterkunft für ALG-II-Beziehende, des Ausbaus der Kindertagesbetreuung sowie des Angebots in Ganztagschulen, der Eingliederungshilfen sowie der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbslosigkeit muss entscheidend erhöht werden.
- Die Finanzbeziehungen zwischen Bund, Ländern und Kommunen sollen neu ausgestaltet und das Steueraufkommen zwischen diesen Ebenen grundlegend anders verteilt werden. Die Erhöhung des Anteils der Kommunen an der Umsatzsteuer ist dringend notwendig. Der derzeitige Anteil der Kommunen am Steueraufkommen beträgt 15 Prozent. Gemessen an den Aufgaben, die sie heute und künftig zu erfüllen haben, ist dies vollkommen unzureichend. In Skandinavien erhalten die Kommunen zwischen 40 und 60 Prozent des Steueraufkommens.
- Die Schuldenbremse muss zurück genommen werden. Die unter Schwarz-Rot durchgesetzte Schuldenbremse schränkt die Handlungs- und Gestaltungsspielräume von Bund und Ländern massiv ein. Der damit verordnete Sparzwang, dessen fatale Wirkungen noch auszustehen sein

werden, geht zu Lasten der kommunalen Zukunftsfähigkeit sowie der Generationengerechtigkeit. Die Zeche für die Finanzkrise und die bisherigen Staatsschulden darf nicht auf finanziell schlechter Gestellte abgewälzt werden, sondern muss von denjenigen bezahlt werden, die dafür verantwortlich sind.

- Das einklagbare und verbindliche kommunale Mitwirkungsrecht für Gesetzesvorhaben muss eingeführt werden. Kommunen müssen in den Entscheidungsprozessen, die direkt oder indirekt Auswirkungen auf die Kommunen haben, frühzeitig und direkt einbezogen werden. Dazu ist ihnen im Grundgesetz ein verbindliches Mitwirkungsrecht einzuräumen. Nur so kann der Tendenz entgegengewirkt werden, dass auf Bundes- und Landesebene Gesetze und Verordnungen verabschiedet werden, die finanziell zu Lasten der Kommunen gehen.

Für Frieden, Abrüstung und Konversion - Für ein Friedensland Rheinland-Pfalz

DIE LINKE, die einzige Friedenspartei!

Für DIE LINKE ist unumstößlich klar: Außenpolitik ist Friedenspolitik! Wir setzen uns für eine friedliche, auf weltweite politische, soziale und ökonomische Gerechtigkeit gerichtete Außenpolitik ein. Außenpolitik hat vor allem den Zweck, ein friedliches Zusammenleben der Menschen überall auf der Welt zu ermöglichen. Krieg darf kein Mittel der Politik sein.

Heute werden viele Länder der Welt wieder von deutschem Boden aus angegriffen. Rheinland-Pfalz spielt dabei eine Schlüsselrolle. So ist Ramstein die größte Militärbasis der US Air Force außerhalb der Vereinigten Staaten, in der Eifel ist mit Spangdahlem eine weitere Militärbasis in Rheinland-Pfalz vorhanden und in Büchel werden Atomwaffen gelagert.

DIE LINKE lehnt Kriege und Einsätze der Bundeswehr im In- und Ausland ab. Die Bundeswehr darf nicht als „Hilfspolizei“ eingesetzt werden. Aufgaben von Militär und Polizei sowie Militär und zivilem Katastrophenschutz sind strikt zu trennen. DIE LINKE, Rheinland-Pfalz wendet sich dagegen, dass die einschlägigen Verfassungsbestimmungen seit Jahren unterlaufen werden mit dem Ziel, die Präsenz der Bundeswehr im Inneren schleichend, aber kontinuierlich zum Alltag werden zu lassen.

Rheinland-Pfalz ist ein Bundesland mit extrem hoher Dichte an Militärbasen. Über 30000 US-Soldaten sind hier stationiert. Mit der US-Militärbasis Ramstein befindet sich einer der Dreh- und Angelpunkte für den Nachschub für die Kriege in Nahen und Mittleren Osten in Rheinland-Pfalz. Am Militärstandort Büchel lagern 20 taktische Nuklearwaffen der USA und stellen eine große Gefahr für Frieden und Sicherheit dar.

DIE LINKE fordert die Auflösung der US-Militärstützpunkte, die für CIA-Folterflüge und völkerrechtswidrige, kapitalistische Kriege genutzt werden. Diese Militärstützpunkte sind darüber hinaus mit hohen Umwelt- und Lärmbelastungen sowie einem erhöhten Gefahrenpotenzial für die Menschen in Rheinland-Pfalz verbunden. Dies darf nicht weiter von der rheinland-pfälzischen Landesregierung subventioniert und unterstützt werden. Zudem stellt die andauernde Stationierung von US-Atomwaffen in Büchel eine Gefahr für Frieden und Sicherheit dar, die umgehend beendet werden muss. Abrüstung schafft Frieden und Arbeitsplätze. DIE LINKE wird sich dafür einsetzen, dass Rheinland-Pfalz diese Chance nutzt. Atomwaffen sind eine Bedrohung für die gesamte Menschheit. Wir werden uns ohne Wenn und Aber für ein atomwaffenfreies Rheinland-Pfalz einsetzen. Wir lehnen die „nukleare Teilhabe“ der Bundeswehr kategorisch ab! Atomwaffen haben in unserem Land nichts zu suchen; wir werden keine Gelegenheit auslassen, dies vorzubringen.

Rheinland-Pfalz muss ein Friedensland werden.

Zivilgesellschaft stärken - Keine Bundeswehr im Inneren!

Seit Januar 2007 baut die Bundeswehr flächendeckend kleine Kommandos von Reservisten auf. Sie sind zuständig für „zivil-militärische Zusammenarbeit“ (ZMZ). Bei dieser Zusammenarbeit werden ziviler Katastrophenschutz und der für den Kriegsfall gedachte militärische Zivilschutz zusammengelegt. Damit wird die Bundeswehr dauerhaft in die regionale, zivile Verwaltung eingebunden. Unser Grundgesetz sieht dies nur als verfassungsrechtliche Ausnahme vor. Militär und Katastrophenschutz sind nun untrennbar miteinander verbunden. Die Bundesregierung behält sich sogar vor, ZMZ zum Einsatz gegen Streikende und Demonstrierende einzusetzen.

- Die Institutionalisierung der ZMZ ist zu beenden: Die Landesregierung muss ihre Kooperation mit dem Landeskommmando der Bundeswehr einstellen.
- Statt der Bundeswehr den Zugang in die zivilen Verwaltungen zu gewähren, ist der zivile Katastrophenschutz auf allen Ebenen zu erhalten und zu stärken: Bessere Ausstattung mit Personal, Infrastruktur und Finanzen ist unabdingbar. Die Mittel können unter anderem aus dem Etat der Bundeswehr bereitgestellt werden. Entsprechende Initiativen sollen im Bundesrat entwickelt werden.
- Keine Inlandseinsätze der Bundeswehr. Wir wehren uns gegen den Einsatz von Soldaten bei Demonstrationen, Fußballspielen und Großveranstaltungen. Die Vermischung der Zuständigkeiten von Polizei und Militär stellt einen eklatanten Verfassungsbruch dar.

Bundeswehr raus aus den Schulen und öffentlichen Räumen !

Das Bildungsministerium hat mit der Bundeswehr eine Rahmenvereinbarung getroffen. Diese Rahmenvereinbarung erlaubt es den Jugendoffizieren, SchülerInnen im Unterricht die Sicherheitspolitik der Bundeswehr zu vermitteln. Dies stellt für DIE LINKE einen Missbrauch der Schule dar, weil die Sicherheitsdoktrin der Bundeswehr im Unterricht institutionalisiert wird. Bildung ist nicht Aufgabe des Militärs, sondern der LehrerInnen, der Schulen, der Hochschulen und der Landeszentrale für Bildung.

Momentan sind Offiziere regelmäßig Gäste in Berufsorientierungswochen an Schulen, in den ARGEn warten sie auf Hartz IV-EmpfängerInnen unter 25 und selbst auf der Games Convention haben sie schon um Nachwuchs geworben. Die Bundeswehr nutzt dabei die Perspektivlosigkeit der Jugendlichen für ihre Rekrutierungspolitik aus und militarisiert dabei öffentliche Räume.

- Die rheinland-pfälzische Landesregierung muss sich im Bundesrat gegen Grundgesetzänderungen zur Militarisierung zur Wehr setzen, und auch die schleichende Militarisierung in Rheinland-Pfalz muss gestoppt werden.
- Kooperationsvereinbarungen mit der Bundeswehr sind sofort aufzukündigen: Die Bundeswehr und ihre Rekrutierungskommandos haben in Schulen und Ämtern genauso wenig verloren wie auf unseren Straßen und Plätzen.
- Die Bundeswehr muss mit ihrer aggressiven Rekrutierungspolitik gestoppt werden. Öffentliche Räume dürfen nicht militarisiert werden.

Konversion statt Krieg: Für ein Friedensland Rheinland-Pfalz !

DIE LINKE setzt sich für eine soziale und ökologische Konversion der rheinland-pfälzischen Militäreinrichtungen ein. Die Regionen, die ökonomisch abhängig von den Militärbasen sind, brauchen attraktive Nutzungsmöglichkeiten der Anlagen, um Arbeitsplätze zu sichern und neue zu schaffen. Alternative Nutzungsformen sind u.a.: Entwicklung von Technologiezentren, ökologische Landwirtschaft und erneuerbare Energien. Erfolgreiche Konversionsprojekte wie in Mainz sind ermutigend. Gelder für die soziale und ökologische Konversion militärischer Anlagen können aus finanziellen Mitteln bereitgestellt werden, die vormalig in Rüstungsprojekte gingen.

- Demilitarisierung der Wirtschaftsförderung: Keine Subventionen und Fördergelder an Firmen und Konzerne in Rheinland-Pfalz, die an Rüstungsforschung und Herstellung von Rüstungsgütern und Kampfstoffen beteiligt sind.
- Schließung der US- und NATO-Militärbasen und insbesondere Abzug der US-Atomwaffen aus Büchel. Rheinland-Pfalz darf nicht weiter die Basis für völkerrechtswidrige, kapitalistische Kriege in aller Welt sein. Keine weitere Subventionierung dieser Militärbasen durch die rheinland-pfälzische Landesregierung.

- Aufstockung der Mittel für das landesweite öffentliche Konversionsprogramm, um die militärischen Flächen neu nutzen zu können und Arbeitsplätze, die mit den Militärbasen verbunden sind, zu ersetzen. Dabei sollen die bisherigen guten Erfahrungen aus anderen Bundesländern genutzt werden. Die bisherigen PPP-Projekte als Teil einer Privatisierung öffentlichen Geldes sollen in öffentliche Hand übergehen. Insbesondere die betroffenen Kommunen sollen durch das Konversionsprogramm gestärkt werden.
- Einrichtung eines Landesamtes für Konversion und Abrüstung, das in Zusammenarbeit mit den betroffenen Kreisen und Städten Konzepte für eine Umwandlung militärischer Flächen und Liegenschaften sowie für die Schaffung alternativer ziviler Arbeitsplätze erarbeitet und die Erfahrungen der Konversionsprogramme seit 1992 nutzt. Beschäftigungskonversion und Kommunalförderung sollen einen höheren Stellenwert erhalten. Die Wirtschaftsförderung für kommunale Betriebe und Genossenschaften sowie für kleine und mittlere Unternehmen ist zu verstärken.
- Ausbau der Friedenswissenschaften an den Hochschulen, Ausbildung von Fachkräften für den zivilen Friedensdienst, freiwillige Friedensdienste für Jugendliche und Erwachsene sowie internationale Begegnungen und Städtepartnerschaften. Die Angebote der rheinland-pfälzischen „Stiftung Natur und Umwelt“ wollen wir auf friedenspolitische Projekte ausdehnen.

Für den demokratischen Sozialismus !

All unsere Forderungen sind wichtige Schritte zu einer sozialeren, gerechteren und friedlicheren Gesellschaft. Ausbeutung, Repression, Umweltzerstörung und Krieg werden aber durch Veränderungen, die in Parlamenten beschlossen werden, bestenfalls gemildert, nie aber überwunden werden. Denn die Missstände, denen unsere Gesellschaft gegenübersteht, sind dem kapitalistischen Wirtschaftssystem geschuldet: Alles und jedeR wird zur Ware und unter dem Kriterium seiner bzw. ihrer Profitträchtigkeit bewertet und behandelt – was dazu führt, dass ein Großteil der Menschen VerlierInnen in diesem System sind. Ihnen wird demokratische und soziale Teilhabe verwehrt und somit ein menschenwürdiges Leben unmöglich gemacht. Profitstreben führt zu Armut und Zerstörung von Mensch und Natur, weil auf ihre Kosten der Profit gemacht wird.

- Wir wollen eine Gesellschaft, in der Menschen friedlich, frei, gesund und gleichberechtigt leben können. Weil uns der Kapitalismus Menschenwürde, Gerechtigkeit, intakte Natur, Freiheit, Demokratie und Gleichberechtigung nicht geben kann, ist für uns klar: Dieses System gehört überwunden. Stattdessen treten wir ein für einen demokratischen Sozialismus, in dem nicht der Profit, sondern allein die Bedürfnisse von Menschen und Natur im Zentrum stehen. Die Überwindung des Kapitalismus hin zu einer demokratischen Wirtschaft, welche Selbst- und Mitbestimmung ermöglicht und durch alle Menschen organisiert und reguliert wird, wäre ein Befreiungsschlag, der es der Gesellschaft endlich erlaubt, frei zu denken und zu handeln. Wirkliche Demokratie ist erst möglich, wenn die Menschen frei von ökonomischen Zwängen sind – und das Kapital auch in der Politik keinen Einfluss mehr hat.

Unser Ideal wird im Landtag nicht vollkommen verwirklicht werden können, aber wir können dort konkrete Verbesserungen der Lebenssituationen der Menschen bewirken. Gleichzeitig aber müssen wir außerhalb des Parlaments zusammen mit sozialen Bewegungen und den Menschen für den Systemwechsel kämpfen. Nur eine lebendige Protestkultur kann dem Kapitalismus Druck machen und uns in die Lage bringen ihn zu überwinden. Dadurch schaffen wir eine Alternative, die Ausbeutung, Unterdrückung und Krieg ein Ende setzt.

Die Gesellschaft ist von Menschen gemacht und kann auch von ihnen verändert werden. Es reicht nicht aus, von einer besseren Welt zu reden. Wir, DIE LINKE, streiten auf der Straße wie in den Parlamenten für eine gerechte und solidarische Gesellschaft, in der menschliche Bedürfnisse im Mittelpunkt stehen.

Machen Sie mit!

